Nachhaltigkeitsbericht 2006.

Globale Verantwortung leben und fördern.

KfW BANKENGRUPPE

KENNZAHLEN.

Kennzahlen der KfW Bankengruppe
Angaben in Mio. EUR

	2003	2004	2005
I. KfW Mittelstandsbank	13.796,7	13.971,2	15.520,1
Kreditfinanzierungen	9.013,0	9.269,9	10.673,7
darunter: Globaldarlehen gewerbl. Wirtschaft	*3.211,2*	*2.764,8*	*5.353,1*
Mezzanine-Finanzierungen	988,1	618,8	583,1
Beteiligungsfinanzierungen	311,1	344,1	300,1
Verbriefungen	3.484,4	3.738,4	3.963,2
II. KfW Förderbank	44.851,5	34.468,9	38.687,5
Wohnwirtschaftliche Investitionen	15.442,2	11.929,5	10.903,6
darunter: Globaldarlehen Wohnungswirtschaft	*3.670,0*	*2.887,0*	*2.008,0*
Bildung	777,9	811,6	875,0
Kommunale Infrastruktur	4.682,7	4.195,3	2.770,4
Umweltinvestitionen	4.020,8	2.165,5	4.241,6
Globallinien an Landesförderinstitute	1.529,1	3.936,5	3.625,2
Verbriefungen	18.398,8	11.430,6	16.271,7
Investitionsförderung Deutschland und Europa	58.648,2	48.440,1	54.207,6
III. KfW IPEX-Bank	11.526,7	11.914,7	12.148,1
IV. KfW Entwicklungsbank	1.594,1	1.943,9	1.899,7
V. DEG	505,9	562,8	671,8
Gesamtfördervolumen	72.274,9	62.861,5	68.927,2
Geschäftsvolumen	402.341	426.484	454.201
Bilanzsumme	313.894	328.596	341.143
Kapital und Rücklagen	9.939	11.655	13.599
Jahresüberschuss	247	368	625
Zahl der Beschäftigten	3.670	3.697	3.800

Differenzen in den Summen durch Rundung.

INHALTSVERZEICHNIS.

GELEITWORT DES BUNDESMINISTERS. 3

VORWORT DES VORSTANDS. 4

DIE KFW BANKENGRUPPE: WELTWEITE IMPULSE FÜR WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND ÖKOLOGIE. 6

NACHHALTIGKEITSPOLITIK: ALLES DREHT SICH UM VERANTWORTUNG. 8

Grundsätze und Werte:

– KfW-Beiträge zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. 9

– Die Umwelt- und Sozialleitsätze. 11

– Nachhaltigkeitskommunikation für mehr Transparenz. 11

VERANTWORTUNG ORGANISIEREN: ABLÄUFE STEUERN, MITARBEITER FÖRDERN. 14

Extern und intern:

– Umweltmanagementsystem für mehr Verträglichkeit. 15

– Projektbericht. Reif für die Insel: Die KfW IPEX-Bank finanziert den Bau eines Kohlekraftwerkes auf Mindanao. 18

– Risikomanagement sichert Geschäftsabläufe. 21

– Qualitätsmanagement auf drei wichtigen Säulen. 21

– Compliance bringt Sicherheit. 22

– Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mittelpunkt. 23

– Personalmanagement strategisch geplant. 26

– Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz für mehr Lebensqualität. 27

UNSERE PRODUKTE: BREITES ANGEBOT MIT OPTIMALER BERATUNG. 28

Kapital und Förderung:

– Finanzierung für jeden Kapitalbedarf. 29

– Sonderthema. Nachhaltige Finanzanlagen mit größtmöglicher Sicherheit. 35

– Vermittlung und Beratung in allen Phasen. 37

Interview. „Nachhaltig handeln für die Kinder von heute und morgen“. 39

DIE WIRKUNG UNSERER PRODUKTE: NACHHALTIGES WACHSTUM ALS AUFGABE. 42

Umwelt- und Klimaschutz:

– Umwelt- und Klimaschutzförderung im Überblick. 43

– Klimaschutz im Wohnungsbau. 45

– Förderung von erneuerbaren Energien. 46

– Klimaschutz und Ressourceneffizienz in Unternehmen. 47

– KfW-Klimaschutzfonds als neues Instrument. 50

– Klimaschutz und emissionsarmer Verkehr. 51

– Schutz der biologischen Vielfalt. 54

Wirtschaft und Soziales:

– Impulse für Strukturwandel und Beschäftigung. 56

– Bildungsreichtum für bessere Berufschancen. 58

– Wirkungsvolle Förderung der Gleichstellung. 59

– Gesundheit und Lebensqualität als Schwerpunkt. 60

– Stiftungen/Ausgleichsfonds. 62

– Friedensförderung, Katastrophenhilfe und Wiederaufbau. 62

– Keine Entwicklung ohne Menschenrechte. 65

UMWELTSCHUTZ IM EIGENEN HAUS: ALLE RESSOURCEN IM BLICK. 66

Rückblick, Status und Ausblick:

– Unser Verständnis von betrieblichem Umweltschutz. 67

– Kennzahlen der Jahre 2003 bis 2005 im Rückblick. 68

– Angestrebte und erreichte Ziele. 70

– Highlights des betrieblichen Umweltschutzes. 71

– Die konzernweiten Ziele für 2006 - 2008. 73

– Bereits begonnene Maßnahmen. 75

– Sonderthema. Die CO_2-Neutralität der KfW Bankengruppe. 77

Bescheinigung PwC. 78

Glossar. 80

Impressum. 81

ⓘ Dieses Symbol weist darauf hin, dass zu diesen Themen weiterführende Informationen im Internet unter „www.kfw.de/nachhaltigkeitsbericht“ verfügbar sind.

GELEITWORT DES BUNDESMINISTERS.

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Vor zwanzig Jahren schlug mit der Katastrophe von Tschernobyl die Geburtsstunde des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Seither konnten viele Umweltprobleme hierzulande gelöst werden. Saubere Gewässer und reine Luft sind für uns heute fast schon selbstverständlich, während in anderen Regionen der Erde ein sorgloser Umgang mit diesen natürlichen Ressourcen inzwischen sogar zur Bremse für wirtschaftliches Wachstum wird.

Wie Klimawandel und der stetige Verlust an biologischer Vielfalt zeigen, verbrauchen wir weltweit noch zu viele fossile Energieträger und andere Rohstoffe – und das zu Lasten unserer Kinder. Von einer global nachhaltigen Entwicklung dieser Erde sind wir daher noch weit entfernt.

Diese Herausforderung können wir nur erfolgreich meistern, wenn es uns gelingt, Umweltschutz, wirtschaftliches Wachstum und soziale Entwicklung in eine Balance zu bringen. Eine so verstandene moderne und intelligente Nachhaltigkeitspolitik ist zugleich Zukunftspolitik.

Um mit knapper werdenden Ressourcen auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich sein zu können, brauchen wir eine Nachhaltigkeitspolitik, die sich als Innovationsmotor versteht. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt auch heute mehr denn je von unserer Bereitschaft ab, neue Wege zu gehen. Unternehmen, die soziale wie ökologische Fragen fortschrittlich managen können, werden in Zukunft klare Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt erzielen.

Zu diesen Unternehmen zähle ich schon heute die KfW Bankengruppe. Sie ist mit ihrem Know-how und ihren finanziellen Ressourcen ein wichtiger Partner der Bundesregierung bei der Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Als Mitglied des Verwaltungsrats bin ich mir sicher, dass die KfW Bankengruppe als Bank des Bundes und der Bundesländer ihr Engagement für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland und weltweit in Zukunft noch verstärken wird.

VORWORT DES VORSTANDS.

Ingrid Matthäus-Maier, Vorstandssprecherin der KfW Bankengruppe

Detlef Leinberger, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe

Liebe Leserinnen und Leser,

globale Verantwortung leben und fördern. Unter diesem Leitmotiv veröffentlicht die KfW Bankengruppe erstmalig einen Nachhaltigkeitsbericht, der – zusammen mit unserem Geschäftsbericht – einen umfassenden Überblick darüber gibt, wofür die KfW steht und was sie leistet. Bislang legten wir alle drei Jahre einen Umweltbericht vor. Diesen erweitern wir zu einem Nachhaltigkeitsbericht: Neben den Themen Umweltförderung und Umweltengagement der KfW Bankengruppe umfasst der vorliegende Bericht erstmalig das gesellschaftspolitische Engagement in Deutschland und den Partnerländern, die Personalpolitik sowie Aspekte des Corporate Governance. Mit dem Bericht wenden wir uns nun an unsere Stakeholder in allen Bereichen der Gesellschaft: an unsere Anteilseigner und strategischen Partner aus Politik und Wirtschaft, an diejenigen, die unsere Angebote nutzen ebenso wie an unsere Mitarbeiter und die Öffentlichkeit.

Dass wir einen solchen Bericht mit über 80 Seiten vorlegen, unterstreicht die Bedeutung, die wir dem Konzept der Nachhaltigkeit, aber auch den Themen Transparenz und Kommunikation zumessen. Wir wollen zum einen informieren und Rechenschaft ablegen, was wir in den vergangenen drei Jahren in diesem Bereich auf nationaler wie internationaler Ebene getan haben, und zum anderen darlegen, welche Prinzipien und Überzeugungen hinter unseren Aktivitäten stehen.

Wir sind immer zugleich zweierlei: nachhaltige Förderer und professionelle Banker. Mit einer Bilanzsumme von über 340 Mrd. EUR gehört die KfW zu den zehn größten Banken Deutschlands. Auch wenn wir professionell und marktkonform wie eine Geschäftsbank arbeiten, unterscheiden wir uns deutlich von anderen Banken. Wir haben den gesetzlichen Auftrag, den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft mit den Möglichkeiten einer Förderbank voranzutreiben. Das sind anspruchsvolle und ehrgeizige Ziele, an denen wir unser gesamtes Handeln ausrichten, an denen wir uns aber auch immer messen lassen müssen. Die Richtschnur für die Wahrnehmung unserer gesellschaftlichen Verantwortung bildet dabei die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

Zu unternehmerischem Handeln gehört Verantwortung. Das gilt für die KfW in besonderem Maße. Dabei verstehen wir Verantwortung ganz im Sinne von Nachhaltigkeit: Mit den Mitteln und Möglichkeiten einer Förderbank wollen wir die Menschen bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen unterstützen. Dahinter steht u. a. die Überzeugung, dass wirtschaftliches Handeln auf Dauer nur dann erfolgreich sein kann, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür auch gegeben sind und soziale wie ökologische Aspekte die nötige Berücksichtigung finden. Dabei sind wir uns bewusst, dass Verantwortung heute, im Zeitalter der Globalisierung, nicht mehr nur national definiert werden kann. Es entspricht unserem Selbstverständnis, Verantwortung im weltweiten Kontext zu sehen und sie dann auch konsequent global zu leben und zu fördern. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, dass die KfW in über 90 Ländern aktiv und in 50 Ländern mit eigenen Büros vertreten ist sowie an unseren deutschen Standorten Menschen aus 28 Ländern erfolgreich zusammenarbeiten.

Um das große Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren, lassen wir uns im Arbeitsalltag von unserem „KfW-Kompass“ leiten. Er fasst die Werte und Visionen zusammen, die für uns maßgeblich sind und die dann in vielen Einzelprojekten konkret umgesetzt werden. Neue, für die gesamte KfW Bankengruppe gültige Umwelt- und Sozialleitsätze regeln die Einhaltung angemessener Standards sowie die systematische Bewertung der ökologischen und sozialen Risiken der Projekte.

Verantwortung braucht Glaubwürdigkeit. Weil das so ist, haben wir etwa im betrieblichen Umweltschutz besonders hohe Standards umgesetzt. Dass es uns gelungen ist, die gesamte KfW Bankengruppe ab 2006 CO_2-neutral zu stellen, steht exemplarisch dafür. Aber nicht nur beim Thema Klimaschutz setzen wir Maßstäbe. Unser großes Ziel ist es, den Nachhaltigkeitsgedanken in allen Kernprozessen der KfW Bankengruppe fest zu verankern. Wir haben uns daher in diesem Jahr dazu verpflichtet, unsere eigenen liquiden Mittel künftig gemäß den „Principles for Responsible Investment“ anzulegen.

Der vorliegende Bericht will umfassend informieren. Darüber hinaus ist er aber auch eine Einladung, mit uns verstärkt ins Gespräch zu kommen und den gesellschaftlichen Diskurs zu wichtigen Zukunftsfragen voranzutreiben. Wenn dieser Bericht außerdem auch noch als Ermutigung verstanden würde, dem Thema Nachhaltigkeit insgesamt mehr Aufmerksamkeit zu schenken, hätte er sicherlich seinen Zweck erfüllt.

DIE KFW BANKENGRUPPE: WELTWEITE IMPULSE FÜR WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND ÖKOLOGIE.

Die KfW Bankengruppe unterstützt die Wirtschaft immer dort, wo das freie Spiel der Marktkräfte es allein nicht schafft, für Wachstum, Beschäftigung und damit Wohlstand zu sorgen. Die Bank hat neben ihrem Hauptsitz in Frankfurt am Main weitere Niederlassungen in Berlin und Bonn. Hinzu kommt der Standort Köln als Sitz der DEG.

Die KfW gehört zu 80 Prozent dem Bund und zu 20 Prozent den Ländern. Ihre Aufgaben sind im Gesetz über die KfW verankert. Unter der Prämisse, zielsicher, effizient und marktkonform zu handeln, fördert sie den Mittelstand sowie Existenzgründungen, Wohneigentum und Wohnraummodernisierung, die Aus- und Fortbildung, den Schutz von Umwelt und Klima, die Projekt- und Exportfinanzierung und unterstützt Entwicklungs- und Reformländer. Ihre Arbeit ist dabei stets wettbewerbsneutral. Die KfW bildet zusammen mit acht verbundenen Unternehmen den KfW-Konzern, davon werden sechs Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. ⓘ

Den größten Teil der Förderkredite refinanziert die Bank am Kapitalmarkt. Gewinne fließen zurück in die Förderung und die langfristige Sicherung des Förderpotenzials. Mit einer Bilanzsumme von über 340 Milliarden Euro (31.12.2005) gehört die KfW Bankengruppe zu den zehn größten Banken in Deutschland.

Ihr Aufgabenspektrum hat die KfW Bankengruppe in fünf Marken gebündelt:

1. Die KfW Förderbank stellt günstige Finanzierungsmittel für die Förderung der Wohnungswirtschaft, des Umweltschutzes, der kommunalen Infrastruktur und sozialer Aufgaben zur Verfügung – die breite Programmpalette richtet sich an Unternehmen, Privatleute und Kommunen. Darüber hinaus engagiert sich die KfW Förderbank im Bildungssektor und vergibt Kredite für Studium und berufliche Fortbildung.

2. Für Investitionen mittelständischer Unternehmen stellt die KfW Mittelstandsbank Förderkredite bereit. In Zusammenarbeit mit den Banken und Sparkassen unterstützt sie Gründer, Freiberufler, Innovatoren und Mittelständler mit klassischen Krediten, Eigenkapitallösungen und Mezzanine-Finanzierungen. Zudem steht die KfW Mittelstandsbank kleinen und mittleren Unternehmen in Finanzierungsfragen beratend zur Seite.

ⓘ Dieses Symbol weist darauf hin, dass zu diesen Themen weiterführende Informationen im Internet unter „www.kfw.de/nachhaltigkeitsbericht“ verfügbar sind.

3. Die KfW IPEX-Bank ist ein starker, innovativer Partner für deutsche und europäische Unternehmen bei der Projekt- und Exportfinanzierung. Wichtige Geschäftsfelder sind Energie, Umwelt, Schienen-, Luft- und Seeverkehr. Ab 2008 wird die KfW IPEX-Bank als ein eigenständiges Tochterunternehmen der KfW Bankengruppe mit allen Rechten und Pflichten einer Bank im Wettbewerb stehen.

4. Die KfW Entwicklungsbank finanziert im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Investitionen und begleitende Beratungsleistungen in Entwicklungsländern. Sie fördert aus Mitteln des Bundeshaushalts und ergänzenden eigenen Mitteln den Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, den Aufbau verlässlicher Finanzsysteme, den Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Programme zur Unterstützung von Reformen in Wirtschaft und Verwaltung. Dabei arbeitet sie in der Regel mit staatlichen Institutionen zusammen. Zentrale Leitlinie für die Arbeit der KfW Entwicklungsbank ist die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen mit den Millenniumsentwicklungszielen.

5. Die 100-prozentige KfW-Tochter DEG ist einer der größten europäischen Entwicklungsfinanziers für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit über 40 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Ihre Instrumente sind Beteiligungen, Mezzanine-Finanzierungen, langfristige Darlehen und Garantien zu marktorientierten Konditionen. Der Fokus liegt auf dem Auf- bzw. Ausbau privatwirtschaftlicher Strukturen mit dem Ziel, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine dauerhafte Verbesserung der Lebensqualität für die Menschen vor Ort zu schaffen.

NACHHALTIGKEITSPOLITIK: ALLES DREHT SICH UM VERANTWORTUNG.

GRUNDSÄTZE UND WERTE:

Bereits mit dem Tag ihrer Gründung vor fast 60 Jahren war sich die KfW Bankengruppe ihrer Verantwortung für die Gesellschaft bewusst. Wenn auch seinerzeit noch nicht unter dem Begriff „Nachhaltigkeitspolitik“ formuliert, hat sie es sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, fundierte Grundsätze und Werte nicht nur zu erarbeiten, sondern diese selbst konsequent einzuhalten und zu leben. Damit auch nachfolgende Generationen noch davon profitieren können.

Als Bank des Bundes und der Länder orientiert sich die KfW bei ihren Entscheidungen an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und nutzt diese als roten Faden. Dies kommt auch in der „Erklärung der KfW zu Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung“ zum Ausdruck, die sie gegenüber dem Deutschen Bundestag abgegeben hat. Hierin bekräftigt sie zudem ihre Verpflichtungen aus der „UNEP-Erklärung der Banken zur Umwelt und zur nachhaltigen Entwicklung“.

Nachhaltigkeit ist auch ein zentraler Wert des Konzernleitbilds („KfW-Kompass“), das Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Richtschnur bei ihrer täglichen Arbeit dient. Mit seinen Werten und Verhaltensweisen trägt es wesentlich dazu bei, dass globale Verantwortung an jedem einzelnen Arbeitsplatz gelebt und gefördert wird.

KFW-BEITRÄGE ZUR NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG.

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zielt auf Generationengerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und globale Verantwortung. Die Bundesregierung hat ein Indikatorensystem entwickelt, das die Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie erleichtern soll. Die Indikatoren machen den Beitrag Deutschlands zur nachhaltigen Entwicklung messbar. Die Tabelle „Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung“ listet die Indikatoren auf und weist auf die Schnittstellen zu KfW-Aktivitäten hin. Sie macht deutlich, dass die KfW einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele leistet.

Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung

Indikator		Beitrag KfW
Generationengerechtigkeit		
1 Ressourcenschonung	Energieproduktivität	x
	Rohstoffproduktivität	x
2 Klimaschutz	Verminderung der Treibhausgasemission	x
3 Erneuerbare Energien	Anteile erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	x
4 Flächeninanspruchnahme	Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	x
5 Artenvielfalt	Bestand ausgewählter Vogelarten als Indikator für Artenvielfalt	
6 Staatsverschuldung	Staatsdefizit	x
7 Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge	Verhältnis der Bruttoanlageninvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt	x
8 Innovation	private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	x
9 Bildung	Ausbildungssituation der 25-jährigen	x
	Studienanfängerquoten	x
10 Wirtschaftlicher Wohlstand	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	x
11 Mobilität	Transportintensitäten von Personen- und Güterverkehr	x
	Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt an der Güterverkehrsleistung	x
12 Ernährung	Stickstoff-Bilanzüberschüsse der Landwirtschaft	
	Entwicklung der Anbaufläche des ökologischen Landbaus	
13 Luftqualität	Schadstoffbelastung der Luft	x
14 Gesundheit	vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle unter 65)	x
	Zufriedenheit mit der Gesundheit	
15 Kriminalität	Wohnungseinbruchdiebstahl	
Sozialer Zusammenhalt		
16 Beschäftigung	Erwerbstätigenquote	x
17 Perspektiven für Familien	Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder in den alten Bundesländern	x
18 Gleichberechtigung	Durchschnittlicher Lohn der Frauen in % des durchschnittlichen Lohnes der Männer	x
19 Integration	ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	
Globale Verantwortung		
20 Entwicklungszusammenarbeit	öffentliche Entwicklungszusammenarbeit	x
21 Märkte öffnen	Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern	

Die Indikatoren unter den Oberbegriffen „Generationengerechtigkeit“ und „Sozialer Zusammenhalt“ (Indikatoren 1 – 19) beziehen sich nur auf Deutschland. Daher findet sich bei einigen Indikatoren, wie Artenvielfalt, kein Eintrag, auch wenn wir hier im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (Indikator 20) engagiert sind.

DIE UMWELT- UND SOZIALLEITSÄTZE.

Die neuen Leitsätze beschreiben, wie die Nachhaltigkeitspolitik in der KfW Bankengruppe umgesetzt wird. Sie ergänzen die bisher bestehenden Umweltschutz-Leitsätze um soziale Belange im Innen- und Außenverhältnis sowie um Corporate Governance und Compliance-Aspekte.

Der gesetzliche Förderauftrag, mit dem die KfW „außer Konkurrenz" zu anderen Banken steht, wird darin betont. Inhaltlich werden Fragen zur Zielsetzung der KfW, zur Unterzeichnung internationaler Vereinbarungen, zur Berücksichtigung sozialer Aspekte und des Umweltschutzes im Leistungsangebot, zu Personalpolitik und Sozialleistungen, zur Corporate Governance und zu Corporate Citizenship abgedeckt. Die Aussagen betreffen sowohl die Verantwortung im operativen Geschäft als auch interne Maßnahmen im Betrieb sowie Implementierung und Kommunikation der Leitsätze.

Auf dieser Basis wurden für alle KfW-Geschäftsfelder und Tochtergesellschaften übergreifend geltende Vorgaben zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung festgelegt, die deren Handlungsspielräumen gerecht werden.

NACHHALTIGKEITSKOMMUNIKATION FÜR MEHR TRANSPARENZ.

Nachhaltigkeitspolitik und -strategie werden umfassend dokumentiert und kommuniziert: Zu den angesprochenen wichtigen Vorgaben zählt auch der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht, den die KfW in diesem Jahr zum ersten Mal publiziert hat und der den bisherigen Umweltbericht im Dreijahresrhythmus ersetzt.

Die KfW informiert die Öffentlichkeit zudem über ihre Umwelt- und Sozialarbeit durch die jährlichen Geschäftsberichte und den gemeinsamen Jahresbericht der KfW Entwicklungsbank und der DEG. Darüber hinaus wird in verschiedenen Publikationen berichtet sowie auf Veranstaltungen mit Präsentationen und Infoständen über die Weiterentwicklung der Arbeit auch zu Umwelt- und Sozialfragen Zeugnis abgelegt.

Dr. Peter Klaus, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe und Sprecher der Geschäftsleitung der KfW IPEX-Bank

„Hocheffiziente Kohlekraftwerke, Windparks, Doppelhüllentanker oder sparsame Airbusse gehören heute zu den Exportschlagern. Vielleicht einer der ökonomisch nachhaltigsten Erfolge europäischer Klima- und Umweltpolitik. Auch für uns als kommerzielle Export- und Projektfinanziers ist das ein gutes Geschäft. Wir sind uns aber durchaus bewusst, dass selbst der Einsatz von umweltfreundlicher Technik auch negative Begleiterscheinungen aufweisen kann. Zur Handhabung dieser Risiken entwickeln wir die IPEX-Umwelt- und Sozial-Richtlinie laufend weiter und suchen den Dialog darüber. So haben wir auf unserem Umwelttag 2005 auch den Erfahrungsaustausch mit Nichtregierungsorganisationen (NRO) gesucht."

Stakeholderdialog.

Entsprechend der „Erklärung der KfW zu Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung" berichtet die KfW dem Verwaltungsrat jährlich über ihr Umweltmanagement und die Leistungen im Umweltschutz. Zahlreiche Veranstaltungen zu aktuellen Entwicklungen im Umwelt- und Sozialbereich dienen dem Austausch mit Politik, Wissenschaft, NRO und Kunden. Dieser Austausch dient dazu, Maßstäbe und Verfahren für den Umgang mit Umwelt- und Sozialfragen weiterzuentwickeln. Er dient aber auch der Entwicklung neuer Förderinstrumente und der Abstimmung einer konzertierten Förderarbeit. So wird etwa die Abstimmung einheitlicher Verfahren im Umweltschutz auf Ebene der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in der Umweltarbeitsgruppe des Entwicklungshilfeausschusses der OECD (DAC) unter Beteiligung der KfW koordiniert.

Bonner Plattform für Internationale Zusammenarbeit.

Die Veranstaltungsreihe will Anstöße geben für den fachlichen und kritischen Dialog in der Entwicklungszusammenarbeit und findet in Kooperation mit der Deutschen Welle statt. Ende November 2004 war die Auftaktveranstaltung. Experten der KfW Entwicklungsbank, des BMZ, aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie von NRO diskutieren in dieser Veranstaltungsreihe über aktuelle entwicklungspolitische Themen.

Sponsoring.

Sponsoring ist in der KfW ein integraler Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit. Dazu werden Public-Sponsoring-Projekte ausgewählt, die eng mit dem Förderauftrag der Bank verbunden sind. Die Vielschichtigkeit der Sponsoringaktivitäten spiegelt dabei die Vielfalt der KfW-Aufgaben wider. Speziell für die Dachmarke KfW Bankengruppe engagiert sich das Unternehmen im Kultur-Sponsoring.

Sponsoring: Africa-Alive-Festival.

Seit vielen Jahren unterstützt die KfW das Africa-Alive-Festival in Frankfurt, das 2004 unter dem Motto „Geschichte und Geschichten Afrikas“ sein 10-jähriges Jubiläum feierte. Dieses Festival wird alljährlich von einem Team, das sich aus afrikanischen Vereinen, Frankfurter Kultureinrichtungen und Einzelpersonen aus dem Rhein-Main-Gebiet zusammensetzt, veranstaltet. Das Kulturfestival ist eines der wenigen im europäischen Raum, das Kunst- und Kulturschaffenden aus Afrika ein Forum bietet, ihre Werke, Ideen und Visionen persönlich vorzustellen und die Geschichte Afrikas näher zu beleuchten. Mit seinem breit gefächerten Zuschauerkreis aus verschiedenen Nationen leistet es einen wichtigen Beitrag zur Integration im multikulturellen Frankfurt. Das Programm bietet Filme, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Kinder- und Jugendveranstaltungen sowie politische Podien. Die UNESCO erklärte Africa Alive 1996 zum Projekt der Weltdekade für kulturelle Entwicklung. 2001 wurde das Festival offizieller deutscher Beitrag zum UN-Jahr „Dialog zwischen den Kulturen“. 2002 stand es unter der Schirmherrschaft der deutschen Sektion der UNESCO, ebenso 2003.

Interner Dialog.

Die Ziele des Konzernleitbilds („KfW-Kompass“) werden mit verschiedenen Kommunikationsmaßnahmen im Unternehmen fest verankert. Spezielle Veranstaltungen ermöglichen beispielsweise den regelmäßigen und intensiven Austausch zwischen Vorständen, Führung und Mitarbeitern. Diskussionsforen zu einzelnen Themenkomplexen aus dem Kompass ermutigen zur Umsetzung der Werte. Ein internes Vorschlagswesen motiviert Mitarbeiter, selbstständig und kontinuierlich Verbesserungspotenziale innerhalb der Bank aufzudecken und deren Förderkraft nachhaltig zu stärken.

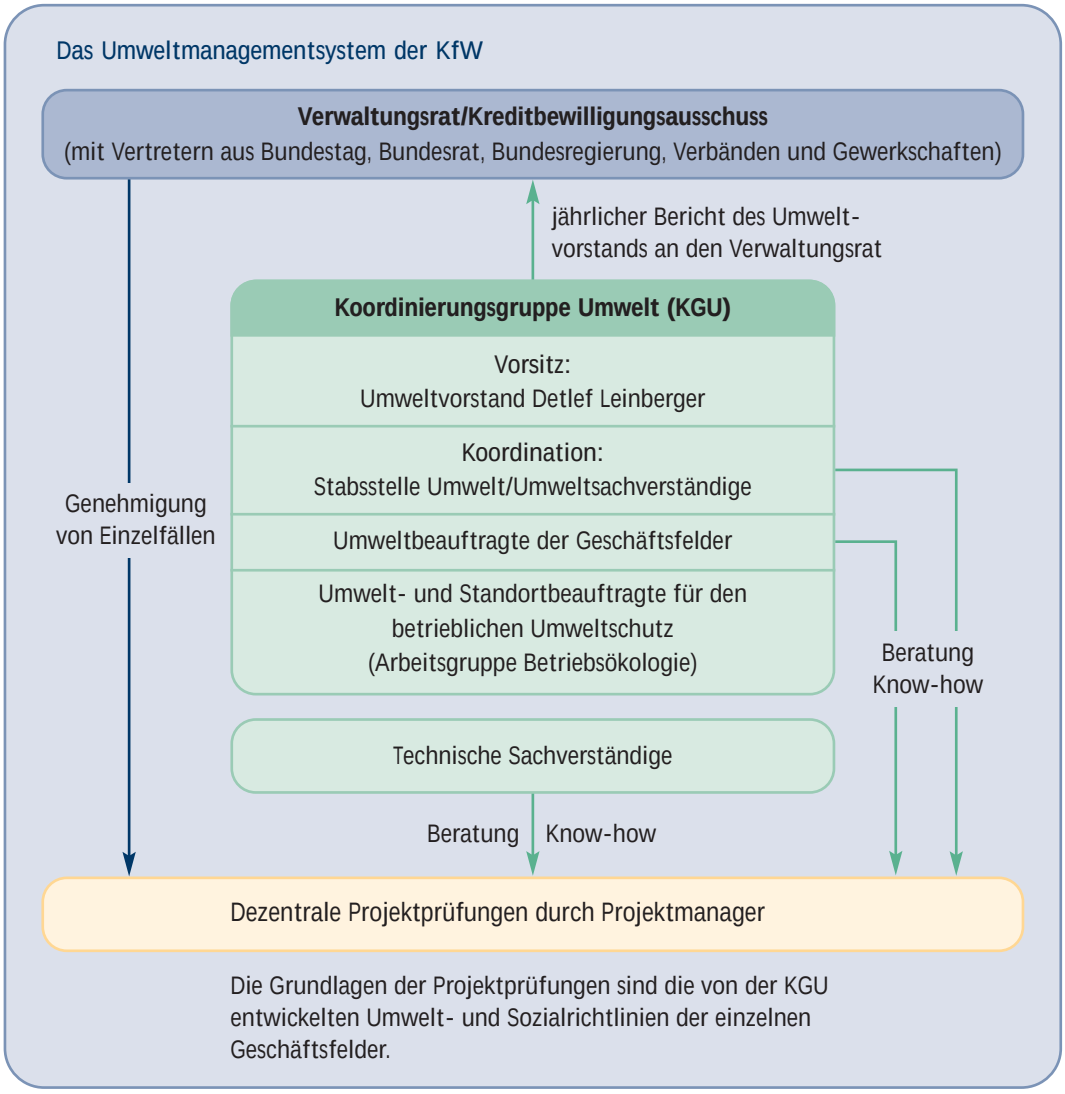
Ein klarer Auftrag an die Mitarbeiter ist auch die Einhaltung der Umwelt- und Sozialrichtlinien. Ohne Verständnis für die Zielrichtung und einfühlsame Umsetzung der Richtlinien durch die Mitarbeiter ist das Engagement bei Umwelt- und Sozialthemen zum Scheitern verurteilt. Daher investiert die KfW in deren Qualifikation.

Für die neuen Mitarbeiter und die Auszubildenden führt die Stabsstelle Umwelt regelmäßige Schulungen zum Umweltmanagementsystem (UMS) durch. Schulungen zum praktischen Umgang mit Umwelt- und Sozialfragen werden in der KfW IPEX-Bank, der KfW Entwicklungsbank und der DEG durchgeführt. Umwelt- und Sozialthemen sind darüber hinaus fester Bestandteil der Mitarbeiterzeitung „Einblicke“ und der Intranet-News „Einblicke-Online“.

VERANTWORTUNG ORGANISIEREN: ABLÄUFE STEUERN, MITARBEITER FÖRDERN.

EXTERN UND INTERN:
UMWELTMANAGEMENTSYSTEM FÜR MEHR VERTRÄGLICHKEIT.

Das Umweltmanagementsystem (UMS) der KfW steuert, misst und regelt zwei Bereiche: Die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Projekten und den betrieblichen Umweltschutz, dem ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Das UMS wird kontinuierlich auf seine Wirksamkeit überprüft und verbessert. Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über die organisatorische Verankerung des UMS und die Prozessabläufe.



Eine Umwelt- und Sozialprüfung ist immanenter Bestandteil jeder Projektprüfung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Projektrisiken für Mensch und Natur sind mit den Projektchancen abzuwägen und mit spezifischen Maßnahmen zu vermeiden, zu mildern oder auszugleichen. Im Geschäftsbetrieb der Bank wird die Finanzierung von Vorhaben mit voraussehbar untragbaren ökologischen oder sozialen Folgen unterlassen.

Mehr als 40 technische Sachverständige unterschiedlicher Disziplinen können bei Bedarf geschäftsfeldübergreifend zur Begleitung der Projekte durch alle Entwicklungsstadien eingesetzt werden. Die bankeigene Expertise wird bei Bedarf durch externes Know-how ergänzt.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist das Hauptinstrument zur umweltverträglichen Gestaltung und Durchführung von Projekten. Dabei werden entsprechend dem international üblichen Vorgehen bereits soziale Aspekte wie unfreiwillige Umsiedlungen, kulturelles Erbe oder indigene Bevölkerungsgruppen betrachtet. Weitere KfW-interne Handlungsanweisungen zur Berücksichtigung sozialer Aspekte wie der Gleichberechtigung der Geschlechter können die Prüfung ergänzen. In einer so erweiterten Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung werden nun systematisch die mitfinanzierten Vorhaben auf mögliche negative Auswirkungen überprüft. Sie kann zudem Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen definieren, die mit einem Monitoringprogramm überwacht werden.

Dr. Winfried Polte, Sprecher der Geschäftsführung der DEG

„Als Unternehmen der KfW Bankengruppe trägt die DEG aktiv dazu bei, internationale Umwelt- und Sozialstandards in Entwicklungs- und Schwellenländern zu etablieren. Dies erreichen wir durch eine enge partnerschaftliche Begleitung der Projektpartner. Dazu gehört neben der Beratung auch das Monitoring: Im Rahmen eines systematischen „Compliance Review“ haben wir unsere Bestandsprojekte auf die Erfüllung vertraglich vereinbarter Umwelt- und Sozialanforderungen und -auflagen untersucht. Bei keinem der Projekte besteht direkter Handlungsbedarf aufgrund von Umwelt- oder Sozialgefährdungen. Ein sehr positives Zeichen ist auch, dass die 2005 neu zugesagten Projekte zu 93 % die international anerkannten Umweltschutzstandards der Weltbank und internationale Sozialstandards erfüllten oder im Rahmen des Projektes erreichen werden. Bei zwei Dritteln konnten zudem besondere Umwelteffekte, wie etwa ein effizienterer Ressourcenverbrauch durchgesetzt werden.“

Geschäftsfeldübergreifend orientiert sich die KfW bei der Projektprüfung grundsätzlich an den Vorschriften der Länder, in denen die Projekte ausgeführt werden. Sofern die Regelwerke dieser Projektländer unzureichend sind, werden die Maßstäbe der EU, der OECD und der Vereinten Nationen, einschließlich der Regelwerke der Weltbank-Gruppe und der Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation (ILO) angelegt.

Prüfung und Kontrolle werden transparent gemacht. Bei besonders umwelt- und sozialsensiblen Projekten gehören vor allem die Information der Bevölkerung und die Beteiligung der Betroffenen vor Ort dazu. Mit kritischen Einwendungen gegen Einzelprojekte setzt sich die KfW konsequent auseinander. Unter Stakeholderdialog wird aber auch eine offene Ex-Post-Berichterstattung verstanden, wie sie z. B. durch die unabhängige Evaluationsabteilung der KfW Entwicklungsbank vorgenommen wird.

Umfang der Prüfungen und Handlungsoptionen sind in den Geschäftsfeldern unterschiedlich. Die KfW Entwicklungsbank begleitet Projekte in der Regel frühzeitig und nimmt Einfluss auf ein umwelt- und sozialverträgliches Projektdesign – ggf. mit zusätzlichen Fördermitteln. Auch die KfW IPEX-Bank und die DEG finanzieren ausschließlich Projekte, die umweltverträglich sind und soziale Standards erfüllen. Ihre Richtlinien stellen die Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Projekte sicher. Der folgende Projektbericht macht deutlich, welche umfassenden Begleitmaßnahmen bei kommerziellen Projekten erfolgen können.

Reif für die Insel:
Die KfW IPEX-Bank finanziert den Bau eines Kohlekraftwerks auf Mindanao.

Im Norden von Mindanao, der zweitgrößten philippinischen Insel, wird zur Zeit auf einem 56 Hektar großen Gelände im Industriegebiet der Stadt Villanueva ein Kohlekraftwerk errichtet. Die Gesamtkosten für den Bau belaufen sich auf 305 Mio. US-Dollar, wovon 42 Mio. US-Dollar über einen im Jahr 2003 ausgereichten Kredit der KfW IPEX-Bank abgedeckt sind. Subventionen waren nicht erforderlich. Baubeginn war im Dezember 2003, drei Jahre später, im Dezember 2006, soll der kommerzielle Betrieb beginnen.

Das Kraftwerk dient der öffentlichen Stromversorgung und wird bei voller Leistung 15 % des auf der Insel benötigten Stroms bereitstellen. Ersetzt wird damit im Wesentlichen höchst ineffiziente Stromerzeugung aus veralteten Dieselaggregaten.

Bauherr und Betreiber des Kraftwerks ist die STEAG State Power Inc. (SPI), eine Projektgesellschaft, die zu 89 % im Besitz der STEAG AG, einem deutschen Kraftwerksbauer und -betreiber und zu 11 % im Besitz einer philippinischen Investmentgesellschaft, der State Investment Trust Inc. (SITI), ist.

Kohlekraftwerke stehen in der Kritik wegen ihrer Emissionen von Treibhausgasen und Luftschadstoffen. Industrie- wie Entwicklungsländern wird von im Umweltschutz tätigen Nichtregierungsorganisationen deshalb oft vorgeschlagen, die erforderliche Modernisierung und den anstehenden Ausbau ihrer Energieerzeugungsstrukturen ausschließlich unter Rückgriff auf erneuerbare Energien umzusetzen. Dem steht aber entgegen, dass erneuerbare Energien realistischerweise zum Teil ohne Subventionen noch nicht wirtschaftlich sind – dies gilt z. B. für viele Windkraftstandorte – oder die Ressource vielerorts nicht weiter ausgebaut werden kann – man denke nur an die erheblichen Widerstände bei neuen Wasserkraftwerken.

Auch die Weltbank hat dies erkannt und betont inzwischen bei der Formulierung von Strategien für die Förderung „sauberer“ Energien in Entwicklungsländern die vorrangige Bedeutung von möglichst effektiven und zugleich kostengünstigen Optionen. Dabei setzt sie dezidiert auch auf den Einsatz moderner und effizienter Kohlekraftwerkstechnik. Das Kraftwerk in Villanueva setzt moderne Energieerzeugungstechnik ein und verfügt über zwei Dampfkessel à 116 MW elektrischer Bruttoleistung. Es verbrennt schwefelarme Kohle in NO_x-armen Brennern mit einem Wirkungsgrad von 36,1 %.

Denkbare negative Umweltwirkungen bei Bau und Betrieb des Kraftwerks wurden von einem unabhängigen, renommierten technischen Berater – der PB Power aus Neuseeland – eingehend geprüft. Durchweg konnte die Konformität mit lokalen philippinischen und Weltbank-Standards bestätigt werden, vor allem auch für die wichtigen Aspekte Schadstoffemissionen, Kohlestaubbelastung und Wassererwärmung. Die Einhaltung der Standards wird vertraglich vom Lieferkonsortium der Anlage zugesichert. Dafür, dass dies nicht nur geduldige Papierform bleibt, sorgen kontinuierliche Messungen der NO_x, SO_2-, Partikel- und Lärmemissionen, die von einem unabhängigen Unternehmen an acht Messstationen durchgeführt werden. Auch Kohle und Asche werden ständig auf ihre chemische Zusammensetzung hin analysiert. Ferner werden Grund-, Oberflächen- und Meerwasserproben entnommen und untersucht. Die Nichteinhaltung der Grenzwerte kann zur zwangsweisen Abschaltung führen.

Technisch werden die hohen Ansprüche an Umwelt- und Klimaschutz bei diesem Projekt u. a. durch die hohe Energieeffizienz des Kraftwerks bei der Energieumwandlung von Kohle zu Strom, eine Rauchgasentschwefelungsanlage, ein Schlauchfiltersystem für den Staub im Rauchgas sowie eine fachgemäße, das Grundwasser schützende Lagerung der nach der Verbrennung anfallenden Flugasche auf einer Deponie nahe dem Kraftwerk garantiert. Durch die Auslegung des Kühlwassersystems ist zudem gesichert, dass die Rückspeisung des aufgewärmten Meerwassers nach Weltbankvorgaben erfolgt, so dass eine schädliche Aufwärmung vermieden wird. Für die Überwachung der Einhaltung aller Vorgaben ist ein Monitoringteam zuständig, welches sich aus Vertretern u. a. der Betreibergesellschaft, des Umwelt- und Naturschutzministeriums, der regionalen Umwelt- und Naturschutzbehörde, von Nichtregierungsorganisationen, Bürgervereinigungen und der betroffenen Kommunen zusammensetzt.

Ein Fonds mit Mitteln der Projektgesellschaft speist ein Informations-, Erziehungs- und Kommunikationsprogramm, das sich u. a. an die Bevölkerung, Kommunen und NRO richtet. Es dient der Aufklärung über die Umweltwirkungen des Kraftwerks und die ergriffenen Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen.

Zu diesen Maßnahmen zählen u. a.:

– Pflanzen von rund 5.000 Mangrovensetzlingen in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks;
– Mapawa-Waldschutzprogramm zur Entwicklung von 1.200 ha Nutz- und Schutzwald in den Bergen bei der Provinzhauptstadt Cagayan d'Oro;
– Forstprojekt in Villanueva zur Wiederaufforstung von 500 ha städtischer Flächen;
– Forstprojekt am Tagaloan-Fluss auf 500 ha entlang des Flusses zum Uferschutz.

Finanziert werden die Maßnahmen aus einem weiteren Fonds, dem Environmental Guarantee Fund, den die Projektgesellschaft ebenfalls mitfinanziert.

Zur Vermeidung von negativen sozialen Wirkungen des Großprojektes auf die lokale Bevölkerung wurde diese zuvor in einem Konsultationsprozess befragt. Dieser Konsultations-Prozess erfolgte – ein Punkt, der extra vom technischen Berater geprüft worden ist – nach den Standards der Weltbank und entsprechenden philippinischen Richtlinien. Insgesamt mussten 131 Familien umgesiedelt werden, alle haben ihr Einverständnis erklärt und den Standards der Weltbank entsprechende Kompensationen erhalten, d. h. adäquaten, alternativen Wohnraum, landwirtschaftliche Flächen und eine monetäre Entschädigung.

Die Betreiber haben sich aber nicht nur auf die strenge Einhaltung von Weltbankstandards oder die Kompensation unmittelbar betroffener Personen beschränkt, sondern setzen begleitend ein umfangreiches, mit Mitteln der Projektgesellschaft in Höhe von 416.000 US-Dollar (bis Ende 2006) ausgestattetes Sozialprogramm um:

– SPI unterstützt das Villanueva Water Works Projekt. Diese Unterstützung ist nicht vom Gesetzgeber gefordert, sondern freiwillig. SPI hat dem Projekt ein Darlehen von 130.000 US-Dollar gewährt.
– Handwerkliches Training von 400 Bewohnern aus Villanueva zur Befähigung für Arbeiten auf der Baustelle; Einrichtung einer Kindertagesstätte für rund zwei Dutzend Kinder im Ort San Roque.
– Koch- und Managementkurse für Anwohnerinnen: 14 Frauen betreiben seither erfolgreich einen eigenen Kantinen-Service („Villa Kusina").
– Vier medizinisch / zahnmedizinische Missionen in Villanueva und Tagoloan; rund 1.250 Familien pro Jahr haben davon einen Nutzen.

Nicht zuletzt sind mit dem Projekt auch erhebliche Beschäftigungseffekte verbunden: In der Bauphase entstehen mehr als 3.200 Arbeitsplätze. STEAG hat Wert darauf gelegt, möglichst viele Einkommensmöglichkeiten für die Anwohner zu schaffen und stellt für den Dauerbetrieb philippinische Ingenieure ein.

RISIKOMANAGEMENT SICHERT GESCHÄFTSABLÄUFE.

Das Risikomanagement der KfW Bankengruppe umfasst die Steuerung der Adressenausfallrisiken, der Marktpreisrisiken (Zins- und Währungsrisiken), der Liquiditätsrisiken sowie der Betriebs- und Rechtsrisiken. Daneben spielt die Steuerung der operationellen Risiken eine zunehmende Rolle.

Das Aufsichtsrecht definiert operationelle Risiken als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Baseler Eigenkapitalrichtlinie „Basel II“ verlangt eine Eigenkapitalunterlegung der operationellen Risiken und ihre angemessene Integration in das Risikomanagementsystem der Bank. Daher hat die KfW im Rahmen eines Projektes die Risiken, die in den einzelnen Bereichen auftreten können, erfasst. Darüber hinaus wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Informationsveranstaltungen an allen Standorten mit dem Thema vertraut gemacht.

Die Bank stellt mit Notfallplänen die Aufrechterhaltung ihres Geschäftsbetriebes sicher – auch bei der Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung von Projekten. Es gibt einen umfangreichen Notfallplan z. B. für den Fall einer Grippepandemie. Er sieht unter anderem die Bevorratung mit Medikamenten zum Schutz der Mitarbeiter vor.

QUALITÄTSMANAGEMENT AUF DREI WICHTIGEN SÄULEN.

Das Qualitätsmanagementsystem (QMS) besteht aus drei wichtigen Säulen: Qualitätsstandards, Beschwerdemanagement und Ideenmanagement. Ohne hohe Qualität der angebotenen Produkte und Dienstleistungen ist unternehmerischer Erfolg nicht denkbar. Auch wenn Qualität in der KfW eine Selbstverständlichkeit ist, hat die KfW Bankengruppe im Jahr 2006 ein bankweites zentrales QMS eingerichtet. Ziel ist es, die Kundenzufriedenheit weiter zu steigern und einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Gang zu halten.

Das Beschwerdemanagement spielt eine zentrale Rolle im QMS. Es definiert den aktiven Umgang mit Störungen in der Beziehung zwischen KfW und Kunden. Auf Beschwerden wird schnell und sachgerecht reagiert, diese werden daher dezentral von den zuständigen Bereichen bearbeitet. Da sie auch Hinweise auf betriebliche Schwächen oder Marktchancen liefern können, werden sie im QMS zentral analysiert.

Das Ideenmanagement der KfW heißt „Kompass-Wettbewerb“. Im Rahmen des Wettbewerbs werden Vorschläge für Maßnahmen gesammelt, die z. B. Material, Energie und Arbeitsaufwand einsparen helfen oder zur Verbesserung von Kundenbeziehungen führen sollen. Selbstverständlich können auch Ideen, die das eigene Aufgabengebiet einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder eines Teams betreffen, eingereicht werden. Im Falle eines quantifizierbaren Nutzens werden die Vorschläge anteilig honoriert. Ist der finanzielle Nutzen hingegen nicht quantifizierbar, werden die Vorschläge prämiert. Zusätzlich werden unter den eingereichten Vorschlägen jedes Jahr fünf Preisträger von einer Jury gekürt.

COMPLIANCE BRINGT SICHERHEIT.

Compliance bezeichnet allgemein die freiwilligen, bankaufsichtlichen und gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernisse und Maßnahmen, die zur Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen einer Bank, ihren Mitarbeitern sowie den Kunden erforderlich sind. Compliance stellt sicher, dass eine Bank alle geltenden Gesetze, Regelungen und Gepflogenheiten einhält. Das Bundesministerium der Finanzen beaufsichtigt die KfW im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und trägt dafür Sorge, dass der Geschäftsbetrieb der KfW mit den Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Bestimmungen in Einklang steht. Die Abteilung Interne Revision der KfW prüft als Instrument des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie des internen Kontrollsystems. Darüber hinaus erfolgt eine unabhängige Kontrolle durch externe Abschlussprüfer. Schließlich kann der Bundesrechnungshof die Haushalts- und Wirtschaftsführung der KfW umfassend prüfen.

Im Rahmen der Compliance-Organisation existieren insbesondere Systeme zur Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Korruption, Betrug sowie von Verstößen gegen Datenschutz, Insiderregelungen und Embargobestimmungen, die kontinuierlich entsprechend den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Marktanforderungen weiter entwickelt werden. Compliance-Schulungen werden für alle neuen Mitarbeiter durchgeführt.

Die KfW verfügt über eine Organisationseinheit „Compliance“ zu diesen Fragen, die intern Ansprechpartner für alle Mitarbeiter ist und auch extern z. B. über Compliance@kfw.de erreichbar ist.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER IM MITTELPUNKT.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören zum wichtigsten Potenzial der KfW, deshalb wurde auch in den letzten drei Jahren entgegen dem Branchentrend die Belegschaft weiter maßvoll aufgestockt. Die Bank wahrt damit die Balance zwischen drei wesentlichen Zielen: der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, einem der Auftragslage angemessenen Personalwachstum sowie einer kontrollierten Entwicklung der Personalkosten. Zum Jahresende 2005 waren 3.800 Mitarbeiter in der KfW Bankengruppe beschäftigt. Ein überdurchschnittliches Wachstum entfiel dabei auf den Aufbau der KfW IPEX-Bank. In den Berichtszeitraum 2003 – 2005 fiel die Fusion mit der DtA. Fusionsbereinigt ergibt sich ein Personalwachstum von gut 3 % pro Jahr. Dieser Zuwachs stützt sich auch auf das positive Image der KfW als Arbeitgeber. Nicht zuletzt Firmen- und Führungskultur trugen in den vergangenen drei Jahren auch zu vorderen Plätzen bei Arbeitgeber-Rankings bei.

„Durch die Fusion mit der DtA ist es zu zahlreichen Synergien gekommen. Gleichwohl ist das Thema „betriebsbedingte Kündigungen“ gegen den allgemeinen Trend in der Bankenwelt bis heute in der KfW Bankengruppe ein Fremdwort und soll es auch in Zukunft bleiben, was die Personalvertretungen außerordentlich begrüßen. Dies gibt unseren Kolleginnen und Kollegen eine nachhaltige Sicherheit für ihren Arbeitsplatz.“

Falk Richter, Vorsitzender des KfW-Gesamtpersonalrats

Schwerbehindertenquote weiterhin über dem gesetzlich geforderten Maß.

Der Anteil der schwerbehinderten KfW-Mitarbeiter liegt unverändert bei knapp 6 %. Von der Berufsausbildung über die Verwaltung bis hin zu den marktnahen Geschäftsbereichen werden in der Bank Schwerbehinderte ausgebildet oder beschäftigt. Davon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Aus der Perspektive der Bank leisten sie einen produktiven Beitrag zum Geschäftsergebnis und aus der Sicht der Schwerbehinderten eröffnet sich eine attraktive Berufsperspektive. Auch in Zukunft wird die Bank mit dem Personalwachstum die Zahl der Schwerbehinderten steigern, damit die Schwerbehindertenquote weiterhin oberhalb des gesetzlich geforderten Maßes bleibt.

Personalstruktur im Lichte intensiver Frauenförderung.

Der Frauenanteil unter den Mitarbeitern liegt mit 49 % unverändert hoch. Die Bank hat sich in ihren Gleichstellungsplänen ehrgeizige Ziele gesetzt, den Frauenanteil unter den außertariflichen Mitarbeitern sowie unter den Führungskräften deutlich anzuheben. Insgesamt ist der Anteil der außertariflichen Mitarbeiter im Berichtszeitraum besonders aufgrund der fusionsbedingten Vertragsumstellungen der Mitarbeiter der ehemaligen DtA auf einem vergleichsweise hohen Niveau geblieben: Er beträgt nunmehr 64 % (2003: 68 %). Bei diesem hohen Anteil der Außertariflichen ist der Frauenanteil in den letzten drei Jahren von 37 % auf 38 % angewachsen. Wesentlich deutlicher hat sich die Förderung der Mitarbeiterinnen hinsichtlich eines zweiten Kriteriums niedergeschlagen: Das Verfahren der Potenzialeinschätzung und die besondere Förderung qualifizierter Mitarbeiterinnen führte zu einem kontinuierlichen Zuwachs an weiblichen Führungskräften – von etwa 17 % zu Beginn des Jahres 2003 auf über 22 %. Dabei ist der Anteil der Frauen in der untersten Führungsebene in diesen drei Jahren von 20 % auf 27 % angewachsen. Diese Entwicklung ist eine notwendige Voraussetzung, um auch den Frauenanteil auf den höheren Führungsebenen anzuheben. Die Ziele des Gleichstellungsplanes lassen sich nicht kurzfristig umsetzen: Sie setzen Personalwachstum und Fluktuation in der Führungsebene voraus. Dies ist in der Zeit einer auftragsorientierten und kostenbewussten Personalplanung nicht selbstverständlich. Die Bank ist hier in einer wirtschaftlich günstigen Situation, die eine Verfolgung dieser ehrgeizigen Ziele des Gleichstellungsplanes auch in den kommenden Jahren weiterhin ermöglicht.

Die DEG ist vom Institut für Personalwesen und Internationales Management an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg in den genderdax aufgenommen worden. Der genderdax würdigt Unternehmen, die betriebsinterne Gender- und Diversity-Maßnahmen besonders fördern und stellt eine Informationsplattform für hochqualifizierte Frauen dar.

Jobsharing in Führungsfunktionen – ein Pilotprojekt der Förderung von „Müttern und Karriere“.

Junge Mütter in Führungsfunktionen haben den Wunsch geäußert, befristet Teilzeit zu arbeiten und suchten dazu eine passende Tandempartnerin. Hierbei wurden sie von der Personalabteilung und ihrer zuständigen Führungskraft unterstützt. Insbesondere der Vorstand hat diese Entwicklung befürwortet und aktiv vorangetrieben. Bis 2005 sind fünf Tandems entstanden. Sie fördern die Motivation und Flexibilität der beteiligten Partnerinnen und ermöglichen ihnen, ihre Kinder zu betreuen und zugleich die Karriere fortzusetzen.

Beruf und Familie miteinander vereinbaren.

In der KfW in Frankfurt gibt es seit über dreißig Jahren einen Betriebskindergarten, flexible Arbeitszeiten und seit 1994 eine Dienstvereinbarung „Beruf und Familie“ mit großzügigen Freistellungsmöglichkeiten für die Erziehung der Kinder, für die Pflege von Familienangehörigen oder für die individuelle Weiterbildung. Seit 2001 beteiligt sich die Bank am Audit „Beruf und Familie“. Im Jahr 2004 wurde mit der Reauditierung erneut die familienbewusste Personalpolitik bestärkt.

Als ein Element im KfW-Projekt „Beruf und Familie" nutzen rund 65 Mitarbeiter die Teleheimarbeit. Die Vorteile liegen in der besseren Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben, dem Zeitgewinn durch den Fortfall der Anfahrtszeiten und in der möglicherweise ruhigeren und vielleicht auch kreativeren Arbeitsatmosphäre zu Hause. Die Bank profitiert von einer stärkeren Motivation der Mitarbeiter, der Einsparung eines teuren Arbeitsplatzes und der Fahrtkosten.

Frankfurter Bündnis für Familien.

Die KfW engagiert sich seit 2005 im „Frankfurter Bündnis für Familien“. Das Bündnis hat zum Ziel, Projekte zu gestalten, die eine bessere Balance von Beruf und Familie ermöglichen. Durch die Teilnahme profitiert die Bank von den Erfahrungen anderer und gibt eigene Erfahrungen an andere Unternehmen und an die Stadt Frankfurt weiter.

Unter engagierter Mitarbeit eines Elternvereins von Bankmitarbeitern gelang die Schaffung einer mehrsprachigen Kinderkrippe „Jardin Palmito“ mit 45 Plätzen. Mit „Le Jardin“ wurde ein Träger betraut, der das pädagogische Konzept einer internationalen, mehrsprachigen Krippe verantwortet. Der Elternverein gewährleistet die Belegung und Grundfinanzierung. Das lokale Bündnis aus Bundesbank, Stadt Frankfurt und KfW sorgt für die Restfinanzierung und somit für eine kontinuierliche Verankerung im öffentlichen Leben der Stadt Frankfurt.

Berufsausbildung über dem Bedarf.

Ausbildung genießt bei der KfW traditionell hohe Aufmerksamkeit. Die Bank kommt ihrer sozialen Verantwortung gegenüber der jungen Generation in besonderer Weise nach. Die Anzahl der Stellen für Auszubildende und Trainees stieg im Berichtszeitraum kontinuierlich an. Zum Anfang des neuen Lehrjahres im Herbst 2005 waren insgesamt 139 Auszubildende gegenüber 92 Auszubildenden im Herbst 2003 in der beruflichen Erstausbildung. Die Zahl der Trainees stieg im Berichtszeitraum von 46 auf 57. Mit einer Ausbildungsquote von 5,7 % (2003: 4,2 %) bildet die KfW deutlich über dem Bedarf aus.

Hierbei liegen der Bank insbesondere die Arbeitsmarktchancen der Absolventen am Herzen. Es zeigt sich ein starker Trend zu einem dualen Ausbildungsgang von praktischer Berufsausbildung und akademischem Hochschulstudium. Die Auszubildenden der KfW können an verschiedenen Hochschulen studieren. Es werden zukünftig deutlich mehr Abiturienten für diese dualen Studiengänge eingestellt und dafür weniger bei den traditionellen Ausbildungsberufen. Damit wird die KfW nicht nur dem qualitativ gestiegenen Bedarf des Hauses, sondern auch den Arbeitsmarktchancen und Bedürfnissen der jungen Leute gerecht.

PERSONALMANAGEMENT STRATEGISCH GEPLANT.

Wachstum und Wandel der KfW Bankengruppe führten in den letzten Jahren zu einem Anwachsen der Mitarbeiterzahl und einer Zunahme der Standorte. Um mit mehreren Tochtergesellschaften und über 20 Bereichen die Nähe der Personalbetreuung zu ihren Kunden und eine effiziente Personalarbeit gewährleisten zu können, wurde eine Neuaufstellung der Personalpolitik notwendig. Mit dem Human Resource Board (HRB) hat die KfW im Dezember 2003 ein neues Steuerungsgremium zur strategischen Personalarbeit geschaffen. Ziel des HRB ist eine einheitliche, strategisch ausgerichtete Personalpolitik für die KfW Bankengruppe. Im HRB treffen sich der Vorstand und Vertreter der Geschäftsbereiche, der DEG sowie der Standorte Berlin und Bonn unter Federführung der Personalabteilung. Aufgabe des HRB sind die Koordinierung und Diskussion einer strategischen Personalplanung. Generell spricht das Gremium Empfehlungen aus.

ARBEITSSICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT.

Zu den Aufgaben des hauseigenen Betriebsmedizinischen Dienstes gehören die arbeitsmedizinische Vorsorge, die tropenmedizinischen Reisetauglichkeitsuntersuchungen und regelmäßige Augenuntersuchungen der Mitarbeiter.

Bei periodischen Begehungen prüfen Betriebsärzte und Arbeitsschutzbeauftragte Ergonomie und Sicherheitsaspekte der Arbeitsplätze. Darüber hinaus gibt es ein vielfältiges Angebot an Gesundheitskursen und Betriebssportgruppen.

Brandschutzhelfer und Ersthelfer an den Standorten der KfW

	Frankfurt	Berlin	Bonn	Köln
Brandschutzhelfer	30	27	32	20
Ersthelfer	42	21	50	35

Ein jährlich wiederkehrendes Angebot ist die Influenzaimpfung, an der im Jahr 2005 mehr als 900 Mitarbeiter teilnahmen.

Zu gesundheitlichen Problemen können auch Arbeitskonflikte führen. Daher gibt es an allen Standorten Sozialberaterinnen, die in Zusammenarbeit mit dem arbeitsmedizinischen Dienst die betroffenen Mitarbeiter beraten.

UNSERE PRODUKTE:
BREITES ANGEBOT MIT OPTIMALER BERATUNG.

KAPITAL UND FÖRDERUNG:

Die Finanzierungsangebote der KfW Bankengruppe sind so konzipiert, dass für jeden Kapitalbedarf das Passende dabei ist. Zur Förderung gehören allerdings nicht nur finanzielle Mittel: Zunehmende Bedeutung kommt der zumeist kostenlosen Vermittlung und Beratung zu. Die KfW bietet ihren Partnern ein konsistentes und transparentes Angebot aus einer Hand.

FINANZIERUNG FÜR JEDEN KAPITALBEDARF.

Große Teile des Finanzierungsangebots der Bank wurden im Berichtszeitraum überarbeitet und Überschneidungen beseitigt. Die breite Palette umfasst Kredit-, Mezzanine- und Beteiligungsfinanzierungen, Verbriefungen, Zuschüsse und Information. Die Förderinstrumente der KfW setzen in der Regel an der Investitionstätigkeit der Kunden an. Ziel ist es, nicht nur umwelt- und sozialverträgliche Projekte, sondern auch wettbewerbsfähige und volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen zu fördern, die den Strukturwandel voran bringen und damit die soziale Marktwirtschaft stärken.

Speziell in Deutschland gilt es, eines der am stärksten drängenden Probleme zu lösen – die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Dazu muss in erster Linie die Nachfrage nach Arbeit erhöht werden. Dabei spielt die Investitionstätigkeit des Mittelstands als traditioneller Jobmotor der deutschen Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Aber gerade bei der Finanzierung Arbeitsplatz schaffender Investitionen müssen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) oft große Hürden überwinden. Nur Förderprogramme, die den sich ändernden Rahmenbedingungen gerecht werden, können auf Dauer die Finanzierung von KMU unterstützen.

Wenn hierzu hochkomplexe Finanzprodukte wie Verbriefungen eingesetzt werden, muss deren Wirkungsweise, z. B. in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, auch erklärt werden. Daher soll die nachfolgende Darstellung der Förderinstrumente die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der KfW bei der Durchführung ihres Auftrags verdeutlichen.

Der langfristige Förderkredit.

Das Hauptförderinstrument der Bank ist der langfristige Kredit mit einem günstigen, langfristig festgelegten Zinssatz. Damit kommen die Kunden in den Genuss von Kreditzinsen, die am unteren Ende der Marktspanne liegen. Durch zinsgünstige Kredite werden somit Finanzierungsnachteile korrigiert, die z. B. durch die Unternehmensgröße oder höhere Investitionskosten bei besonders umweltverträglichen Technologien bedingt sein können. Durch die Rückzahlungsverpflichtung wird sichergestellt, dass Mittel nur in wirtschaftlich tragfähige Verwendungen fließen. Der „konventionelle" langfristige Kredit kann je nach Förderziel weiter verbilligt und modifiziert werden. So gibt es z. B. im CO_2-Gebäudesanierungsprogramm eine höhere Zinsverbilligung und die Möglichkeit des Tilgungszuschusses bei zunehmender Energieeffizienz des geförderten Projektes.

Risikogerechtes Zinssystem.

Im Zuge des nach wie vor voranschreitenden Finanzmarktwandels haben sich bankinterne Ratingverfahren inzwischen flächendeckend durchgesetzt. So sind die Kreditinstitute heute in der Lage, für alle Unternehmen risikoadäquate Kreditzinsen zu berechnen. Gerade bei KMU mit schlechterer Bonität hat die früher übliche Einheitsmarge nicht mehr ausgereicht, um die Bearbeitungs- und Risikokosten beim durchleitenden Kreditinstitut zu decken. So haben Banken und Sparkassen in solchen Fällen keinen Kredit vergeben, um eigene Verluste zu vermeiden. Um hier gegenzusteuern, hat die KfW in einem Großteil ihrer Förderprogramme risikogerechte Zinsen eingeführt. Die risikogerechte Bepreisung ermöglicht den Banken eine kostendeckende Kreditvergabe. Damit erhalten Unternehmen einen besseren Zugang zu Förderkrediten, ihre Investitionsfähigkeit wird gestärkt und letztlich werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Beteiligungskapital und Mezzanine.

Für die Entwicklung von Innovationen ist besonders das Angebot von Wagniskapital für technologieorientierte Unternehmen in der Frühphase ihrer unternehmerischen Tätigkeit ein wichtiger Nährboden. Die KfW hat in Deutschland in den letzten Jahren ihre Förderung des Beteiligungskapitalmarktes verstärkt auf diese Frühphase ausgerichtet. Mit dem ERP-Startfonds und dem gemeinsam mit dem Bund und Partnern aus der Industrie aufgelegten High-Tech-Gründerfonds fördert die KfW seit 2005 verstärkt innovative Unternehmensgründungen. Die Programme sollen außerdem dazu beitragen, auch wieder private Marktteilnehmer für das spezielle Segment der Frühphase im Wagniskapitalmarkt zu gewinnen.

Den Bereich der Mezzanine-Finanzierung hat die KfW ebenfalls erweitert. Mit der Finanzierungsmöglichkeit von Innovationsvorhaben über Mezzanine-Kapital in Form von eigenkapitalähnlichen Nachrangdarlehen steht jetzt ein breites mezzanines Förderangebot für den Mittelstand zur Verfügung. Über die DEG bietet die KfW diese Risikokapitalinstrumente auch Unternehmen in Entwicklungsländern an.

Innovative Förderinstrumente sichern Förderleistung.

Damit die KfW auch in Zukunft ihre Förderleistung aufrechterhalten oder gar weiter steigern kann, ist die Schaffung neuer, innovativer Förderinstrumente eine wichtige Vorraussetzung. Dazu zählen Globaldarlehen, Kreditlinien, Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung, Verbriefungen, Projektfinanzierung oder auch Public Private Partnerships.

Globaldarlehen für Europa.

Globaldarlehen zur günstigen Refinanzierung von Mittelstands- oder Wohnungsbaukrediten ergänzen die klassischen Förderprogramme und vereinfachen den Förderprozess. Einer Partnerbank der KfW Bankengruppe wird ein großvolumiges Globaldarlehen für förderungswürdige Vorhaben gewährt, anstatt für jedes Kundendarlehen ein einzelnes Refinanzierungsdarlehen zuzusagen. Aus dem Globaldarlehen kann die Partnerbank maßgeschneiderte Einzelkredite an ihre kleinen und mittleren Firmenkunden oder an Privatkunden weiterleiten.

Zur Unterstützung des Prozesses eines zusammenwachsenden europäischen Binnenmarktes ist die KfW seit 1992 beim Aufbau von 15 Förderbanken in 18 Transformationsländern Osteuropas beratend tätig geworden. Sie vergibt Globaldarlehen an Förder- und Geschäftsbanken im europäischen Ausland zur Förderung von KMU und für andere Förderzwecke. Im Zuge einer effektiven Verzahnung europäischer und nationaler Förderinstrumente werden dabei in Mittel- und Osteuropa zunehmend Fördermittel der europäischen Union mit den Globaldarlehen der KfW kombiniert.

Kreditlinien für Entwicklungsländer.

Zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Entwicklungsländern vergibt die KfW Entwicklungsbank Kreditlinien, die über staatliche und private Banken im Partnerland umgesetzt werden; teilweise sind sie auch mit der Vergabe von Zuschüssen, z. B. für Beratungsleistungen, verbunden. So sichern die Umweltkreditlinien der KfW Entwicklungsbank die langfristige Refinanzierung von Umweltschutzinvestitionen in Partnerländern. Die Refinanzierungslinien dienen aber auch der Stärkung von Banken in Partnerländern. So wird auch der Zugang zu Finanzdienstleistungen verbessert und damit ein wirksames Instrument der Armutsbekämpfung aufgebaut. Die Finanzsektorförderung in Entwicklungs- und Transformationsländern ist daher ein Schwerpunkt der Arbeit von KfW Entwicklungsbank und DEG, sie erreichte im Jahr 2005 einen Anteil von 30 % der Zusagen.

Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Finanzsektor: DEG Workshop in Bangkok.

Die langfristige Mittelvergabe und Beteiligung an Partnerbanken dient auch dazu, Grundsätze des betrieblichen Umweltschutzes und einer sozial gerechten Entwicklung in der Wirtschaft der Partnerländer zu verankern. Dazu fordert die DEG auf Seiten der Partnerbanken die Implementierung entsprechender Managementsysteme.

Um ihre Finanzsektor-Kunden aus Asien hinsichtlich des Umgangs mit Umwelt- und Sozialaspekten und -risiken zu unterstützen, führte die DEG Ende 2005 einen Workshop durch. Ziel war es, die strategische Bedeutung von Risiken im Umwelt- und Sozialbereich herauszuarbeiten und die Teilnehmer über die Möglichkeiten zur Einführung effektiver Umwelt- und Sozialmanagementsysteme in ihren Organisationen zu informieren. Vierzehn Finanzinstitute, unter ihnen Geschäftsbanken, Investment Fonds und Leasinggesellschaften aus Ländern wie China, Indien, Bangladesh, Indonesien und Vietnam folgten der Einladung der DEG.

Der Workshop bildete den Auftakt für ein zweijähriges Programm, mit dem die DEG ihre Kunden bei der Einführung und dem Ausbau von Umwelt- und Sozialmanagementsystemen unterstützen wird. Die Teilnehmer werden intensiv durch die DEG und international erfahrene Consultants betreut und individuell begleitet.

Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung in Entwicklungsländern.

Ein innovatives Instrument der KfW Entwicklungsbank, mit der Geber ihre Politik enger aufeinander abstimmen, ist die Programmorientierte Gemeinschaftsfinanzierung. Mehrere Geber kofinanzieren dabei gemeinschaftlich beispielsweise ein Ausgabenprogramm eines Entwicklungslandes im Gesundheits-, Bildungs- oder Transportsektor. Vorraussetzung ist, dass die Geber Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der nationalen Behörden haben und die politische Zielsetzung als unterstützenswert erachten.

Die Herausforderung besteht darin, die gewohnten Verfahren und Prüfungen zusammen mit den anderen Gebern durchzuführen und auf eigene, zusätzliche Verfahren zu verzichten. Darüber hinaus sind die finanzierten Programme gemeinsam mit den anderen Gebern eng zu begleiten, um die treuhänderischen Risiken zu begrenzen. Controllingaufgaben, aber auch eine kontinuierliche Begleitung von Reformen auf staatlicher und sektorpolitischer Ebene, sind somit neue Aufgaben, denen sich die KfW noch stärker als bisher stellen muss.

Verbriefungen.

Die KfW hat außerdem erfolgreich Verbriefungsplattformen geschaffen und damit dem deutschen Verbriefungsmarkt wichtige Impulse gegeben. Verbriefung ist eine Finanzmarktinnovation, die in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre eingesetzt wird. Hierunter versteht man die Umwandlung eines Pools gleichartiger Aktiva wie Hypothekendarlehen oder Unternehmenskredite in handelbare Wertpapiere. Ein Kreditinstitut kann auf diese Weise die Risiken seiner bereits ausgereichten Darlehen an den Kapitalmarkt übertragen und erlangt so neuen Eigenkapital-Spielraum, um neue Kredite an KMU und für wohnungswirtschaftliche Investitionen auszureichen. Damit schaffen oder sichern diese wiederum Arbeitsplätze. Ein Gutachten für die EU-Kommission zu den Auswirkungen der Verbriefung auf die Mittelstandsfinanzierung bestätigt, dass die KfW sehr erfolgreich zum Aufbau des Verbriefungsmarktes für mittelständische Kreditrisiken beigetragen hat. Mit Blick auf die Zukunft ist es Ziel der KfW, den Markt für eine noch größere Bandbreite von Unternehmen zu öffnen.

Projektfinanzierung.

Zunehmende Bedeutung bei der Finanzierung großer Investitionsvorhaben erfährt die Projektfinanzierung. Dabei handelt es sich um die Kreditgewährung für Projekte, die von eigens zu diesem Zweck gegründeten Projektgesellschaften durchgeführt werden. Finanziert wird eine sich selbst tragende wirtschaftliche Einheit, das Projekt. Der Schuldendienst wird allein oder zumindest überwiegend aus dem Cashflow des Projektes bedient.

Public Private Partnership.

Bei Public Private Partnerships („PPP“) oder Private Finance Initiatives („PFI“) arbeiten private Investoren bzw. Betreiber bei der Finanzierung mit der öffentlichen Hand eng zusammen. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit werden Public Private Partnerships als Finanzierungsinstrument eingesetzt.

Cotton made in Africa.

Die DEG setzt seit 1999 im Auftrag des BMZ das Public Private Partnership-Programm um. Dabei geht sie verstärkt strategische Allianzen mit mehreren Partnern ein, die eine entsprechend breitere entwicklungspolitische Wirkung erzielen. So wurde Ende 2005 die Allianz „Cotton made in Africa“ ins Leben gerufen, die auf eine Initiative der Otto-Gruppe in Hamburg zurückgeht. Die DEG kann hier ihre langjährige Erfahrung mit Projektfinanzierungen im Baumwollsektor einbringen. Weitere Projektpartner sind die GTZ, das deutsche Textilunternehmen Tom Tailor, die Deutsche Welthungerhilfe, der WWF sowie Baumwollproduzenten in Afrika. Ziel ist es, zu einer stärkeren Nachfrage für Baumwolle aus Afrika und zu einer transparenten Wertschöpfungskette beizutragen und einen marktgängigen, zertifizierbaren Produktionsstandard einzuführen, der ökologische, ökonomische und soziale Kriterien verbindet. Gleichzeitig soll das Einkommen zahlreicher Kleinbauern gesichert werden.

NACHHALTIGE FINANZANLAGEN MIT GRÖSSTMÖGLICHER SICHERHEIT.

Die KfW ist eine weltweit bedeutende Anleihe-Emittentin. Sie bietet Investoren eine breite Palette von Anlagemöglichkeiten hinsichtlich Laufzeit, Zinsstruktur und Währung an. KfW-Anleihen zeichnen sich durch größtmögliche Sicherheit aus; sie sind durch eine Garantie der Bundesrepublik Deutschland abgesichert und verfügen über ein AAA-Rating.

In jüngster Zeit gewinnen am Kapitalmarkt zunehmend Investoren an Bedeutung, die ihr Geld nur dort anlegen, wo es in gesellschaftlich verantwortlicher Weise eingesetzt wird (SRI – Socially Responsible Investors). Dies zu bewerten, haben sich unabhängige Rating-Agenturen zur Aufgabe gemacht, die von den Investoren beauftragt werden. Die KfW Bankengruppe wird regelmäßig von mehreren nationalen und internationalen Rating-Agenturen hinsichtlich ihres gesellschaftlich verantwortlichen Handelns bewertet.

Eine Analyse des nachhaltigen Wirtschaftens durch die Rating-Agenturen erfolgt einerseits nach so genannten Positivkriterien (qualitatives Screening) und andererseits werden Ausschlusskriterien geprüft. Bei diesem auch „Negative Screening“ genannten Verfahren wird untersucht, ob der Emittent in als kritisch angesehenen Branchen wie Rüstungsindustrie, Alkohol- und Tabakherstellung oder Glücksspiel aktiv ist. Wird in einem dieser Bereiche ein Engagement festgestellt, können oder wollen Investoren in Wertpapiere des Emittenten nicht investieren.

Das qualitative Screening erfolgt für Banken wie die KfW zumeist anhand der Kriterien „Ökologische Verantwortung bei der Kreditvergabe und beim Eigenbetrieb“, „Soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Kunden, Dienstleistern und der Gesellschaft“ sowie „Corporate Governance“. Außerdem werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Finanzierungsprojekte dargestellt.

Bei der Analyse werten die Rating-Agenturen Publikationen der Emittenten, Medienberichte und Informationen anderer Organisationen aus: Die KfW landet immer im Spitzenfeld der bewerteten Anleihe-Emittenten. Damit kann die KfW nicht nur höchst sichere, sondern auch nachhaltige Anlagen anbieten. Dies gilt umso mehr als die Rating-Agenturen regelmäßig auch bei der Prüfung der Ausschlusskriterien bei der KfW keine oder höchstens eine marginale Aktivität in kritischen Branchen bestätigen.

Der Markt für nachhaltige Anlagen in Deutschland ist derzeit noch vergleichsweise klein, wird aber in Zukunft stark an Bedeutung gewinnen. Dies zeigt sich insbesondere mit Blick auf

skandinavische Länder, die Niederlande und Großbritannien, wo SRI schon einen deutlich höheren Stellenwert haben. KfW-Anleihen sind aufgrund des gesetzlich spezifizierten Auftrags der KfW, ihres Geschäftsmodells und ihrer hervorragenden Rating-Ergebnisse als Anlage für diese Investorengruppe prädestiniert. Vor diesem Hintergrund wird sich die KfW in den kommenden Jahren verstärkt auch an dieser Investorengruppe orientieren.

Beleg für den steigenden Stellenwert gesellschaftlich verantwortlicher Investitionen ist auch die Initiative des UN-Generalsekretärs Kofi Annan zu „Principles for Responsible Investment (PRI)“, die er Anfang 2005 gestartet und die mit der Unterzeichnung und Veröffentlichung der PRI im April 2006 einen wichtigen Meilenstein erreicht hat. Dabei haben sich institutionelle Investoren auf sechs Prinzipien verständigt, wie sie bei ihrer Investitionstätigkeit Umwelt- und soziale Belange sowie Fragen der Unternehmensführung und -kontrolle berücksichtigen.

Da die KfW selbst auch Investor ist und für das Liquiditäts- und Eigenkapitalmanagement Wertpapiere erwirbt, begrüßt sie diese Initiative. Sie hat 2006 beschlossen, selbst der Initiative beizutreten und ihre Anlagen künftig auch unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlich verantwortlichen Handelns zu tätigen.

Dr. Günther Bräunig, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe

„Der Auftrag und das Selbstverständnis der KfW ist, nachhaltig und gesellschaftlich verantwortlich zu agieren. Die Anleihen, die wir als KfW zu unserer Refinanzierung am internationalen Kapitalmarkt platzieren, bieten sich daher als Basisinvestment für Socially Responsible Investors an. Dort, wo wir selbst Wertpapierkäufe tätigen, wollen wir uns ebenfalls an den Kriterien nachhaltigen Investments orientieren und setzen daher zukünftig die „Principles for Responsible Investments“ um.“

VERMITTLUNG UND BERATUNG IN ALLEN PHASEN.

Zur KfW-Förderung gehören nicht nur finanzielle Mittel. Zunehmende Bedeutung kommt der zumeist kostenlosen Beratung zu. So umfasst das Beratungsangebot in der Mittelstandsförderung alle Phasen der Unternehmensentwicklung: Beratung bei KfW-Sprechtagen und in den KfW-Beratungszentren zur Auswahl und Antragstellung von Finanzierungsmitteln, KfW-Gründercoaching und die Vermittlungsangebote „Beraterbörse“ und „Franchisebörse“ zur Vorbereitung eines erfolgreichen Unternehmensstarts, die Vermittlungsbörse nexxt-Change als Marktplatz für die Unternehmensnachfolge sowie schließlich der „Runde Tisch“ und die Turn Around Beratung zur Sicherung des Fortbestandes in Krisensituationen.

Nachfolgebörse.

Die demografische Entwicklung beschert der deutschen mittelständischen Wirtschaft seit Jahren ein Problem: Es steht ein breiter Generationenwechsel an, auf den viele Unternehmen nicht vorbereitet sind. Gelingt die rechtzeitige und geordnete Unternehmensübergabe nicht, stehen die Arbeitsplätze auf dem Spiel. Um Unternehmern die Suche nach einem Nachfolger zu erleichtern und potenzielle Nachfolger bei der Suche nach einem passenden Unternehmen zu unterstützen, können Unternehmer, die ein Unternehmen übergeben oder übernehmen wollen, über die vereinigte Internetbörse nexxt-change zueinander finden. Die KfW arbeitet hier mit dem BMWi als Initiator und weiteren Institutionen[1], die sich der Förderung des Mittelstands widmen, zusammen. Zirka 700 Regionalpartner sind damit betraut, zwischen Verkäufern und Käufern zu vermitteln.

[1] Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK); Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH); Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR); Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV); www.nexxt-change.org.

Krisenberatung.

Geförderte Unternehmen entwickeln sich nicht immer positiv. Kommt das Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten, wirkt sich das auch meist negativ auf die Arbeitsplätze im Unternehmen aus. Daher wird bei jedem in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen immer zuerst geprüft, ob und wie eine Rettung des Unternehmens möglich ist. Dazu muss ein von einem Berater geprüftes Sanierungskonzept vorliegen, das eine Erfolg versprechende Sanierungschance erkennen lässt.

Das Beratungsinstrument der KfW Mittelstandsbank ist in diesen Fällen der „Runde Tisch", eine konzertierte Aktion mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern als Kooperationspartner. Alle, die zur Abwendung der Krise beitragen können, werden an einen Tisch gebracht. Bevor sich alle Beteiligten am „Runden Tisch" treffen, analysiert ein Unternehmensberater in wenigen Tagen die Lage des Betriebes. Die Kosten für diesen Check übernimmt die KfW Mittelstandsbank. Zum Zuge kommen nur solche Berater, die vorher der KfW ihre Qualifikation nachgewiesen haben. Auf Basis der Analyse werden dann Lösungskonzepte erarbeitet. Alle Beteiligten müssen schließlich den geplanten Maßnahmen zustimmen. Der „Runde Tisch" hat bislang rund 26.000 mittelständische Firmen und Selbstständige vor dem Aus bewahrt und damit letztlich auch die dahinter stehenden rund 260.000 Arbeitsplätze.

„NACHHALTIG HANDELN FÜR DIE KINDER VON HEUTE UND MORGEN“. INTERVIEW MIT JÜRGEN H. LOTTMANN

Herr Lottmann, Sie haben sich in Ihrem Berufsleben oft mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auseinandergesetzt. Stehen die Unschärfe und die beliebige Verwendung des Begriffs seiner Umsetzung im Weg?

Ja und Nein. In vielerlei Hinsicht ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung sehr scharf. Aber gerade diese Schärfe ist unwillkommen. Denken Sie an Forderungen, öffentliche Haushalte ohne Belastungen künftiger Generationen zu fahren. Die beliebige Verwendung des Begriffs lässt sich etwa auf die Konferenz von Rio de Janeiro im Jahre 1992 datieren, wo einerseits Ressourcenschonung, andererseits Wirtschaftswachstum gefordert wurde. Seitdem wird versucht, diese Ziele abzugrenzen, abzuwägen und vielleicht auch zu vereinbaren. Darüber hinaus wurden viele sonstige Anliegen, die allgemeine Zustimmung finden, unter dem Mantel der Nachhaltigkeit eingebracht, obwohl sie daraus – streng genommen – nicht ableitbar sind, z. B. die Forderung nach einer partizipativen Demokratie. Nach meiner Vorstellung ist der Kern des Konzepts die Berücksichtigung der materiellen Bedürfnisse der Kinder von heute und morgen in der heutigen Wirtschaft und Politik. Das bedeutet auch Einschränkungen für uns heute. Und das ist schwierig, wie wir alle wissen.

Welches Nachhaltigkeitskonzept halten Sie für besonders geeignet, um diesen Herausforderungen zu begegnen?

Meines Erachtens ist das brauchbarste Konzept die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Jeder, der sich praktisch mit dem Leitbild und seiner Verwirklichung in Deutschland auseinandersetzen will, muss mit diesem Konzept anfangen, wenn er es auch nicht übernehmen muss. Dies gilt gerade auch für Unternehmen, ohne deren aktive Mitwirkung eine Bewegung hin zu mehr Nachhaltigkeit im Übrigen schwer vorstellbar ist.

Spielt die KfW Bankengruppe dabei eine besondere Rolle?

Sie orientiert sich ja ganz bewusst an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Dennoch ist die Rolle der KfW Bankengruppe als öffentliche Bank bei deren Umsetzung begrenzt. Sie ist Teil des Wirtschaftssystems und damit ist ihr Wirken letztlich auch nur so nachhaltig wie dieses System. Im Rahmen dieses Systems kann die KfW aber den Wandel hin zu nachhaltigen Strukturen fördern, wenn ihr dazu die Instrumente und Mittel zur Verfügung stehen.

Lassen Sie uns einen Blick in die Prüfungspraxis werfen. Als KfW-Mitarbeiter haben Sie auch immer wieder an Vorhaben mitgewirkt, die auf der Nutzung endlicher Rohstoff-Ressourcen gründeten. War das immer nachhaltig?

Als Bank des Bundes muss die KfW grundsätzlich der Energie- und Rohstoffpolitik Deutschlands folgen und von Wirtschaftsunternehmen ausgearbeitete Projekte beurteilen. Diese Projekte und auch die Energie- und Rohstoffpolitik sind nicht nur am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet. Denken Sie nur an die im letzten Jahrzehnt so viel gebauten Gaskraftwerke, die massenhaft den edelsten fossilen Brennstoff verfeuern, der absehbar nur begrenzt zur Verfügung steht. Aus der Sicht des Umweltschutzes heute ist natürlich Gas günstig, weil Kohle, Öl und die Kernkraft jeweils ihre eigenen umweltmäßigen Probleme haben. Die KfW finanziert auch die Gewinnung von Erzen und Metallen, obwohl wir alle wissen, dass es sich dabei um endliche Ressourcen handelt.

Was kann die KfW tun, um dieses Dilemma zu lösen?

Die KfW kann die Endlichkeitsfrage nicht im Alleingang angehen, aber sie kann helfen, Ressourcen schonende Technik im In- und Ausland zu fördern. Die erfolgreichsten Beispiele aus meiner Sicht sind die Förderung von Energieeinsparungen im Gebäudebestand in Deutschland und die weltweite Förderung von erneuerbaren Energien. Ein stiller Erfolg, aber langfristig wirksam, ist auch die Einrichtung von Kreditlinien für Banken in Entwicklungsländern, um stark verschmutzende Industriebetriebe auf grundsätzlich bessere Verfahren umzustellen, wodurch der industrielle Umweltschutz dort als Aufgabe oft überhaupt erst eingeführt wird.

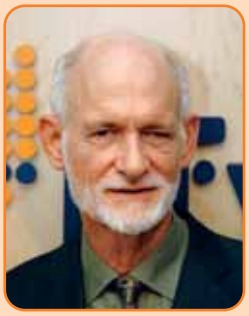
Wie kann die KfW gerade bei der Prüfung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Auslandsprojekten noch besser werden?

Im kommerziellen Auslandsgeschäft könnte in erster Linie das Monitoring bei besonders umwelt- und sozialsensiblen Projekten ausgebaut werden. Unter Monitoring ist eine periodische Überprüfung des tatsächlichen Umweltverhaltens zu verstehen, woraus sich Lehren für die Zukunft ziehen lassen. Die KfW Entwicklungsbank finanziert nur noch selten industrielle oder Infrastrukturprojekte mit erheblichen Umwelt- und Sozialauswirkungen. Dort liegt der Schwerpunkt auf der Finanzierung von Vorhaben zur Erreichung der Millenniumsziele und hier zuvorderst auf der Armutsbekämpfung. In den letzten Jahren hat sich zudem angedeutet, dass Prüfung und Berichterstattung über die Umwelt- und Sozialverträglichkeit unserer Projekte in

Zukunft stärker von jenen Fonds bestimmt werden, die in „nachhaltige“ Unternehmen investieren. Dies ist ein langfristig sinnvoller Trend, den die KfW fördern sollte, weil auch dadurch ein Beitrag zur Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung geleistet wird.

Glauben Sie, dass sich der „Nachhaltige Mensch“ gegenüber dem rein auf seinen wirtschaftlichen Erfolg bezogenen Menschen durchsetzen wird?

Nein, jedenfalls nicht in meiner Lebenszeit. Zum einen, weil es nicht auf den einzelnen Menschen ankommt, sondern auf das Wirtschaftssystem. Zum zweiten, weil auch nach bisheriger Erfahrung, die ich einfach ein paar Jahrzehnte fortschreibe, den politisch Verantwortlichen der Umbau des Zielsystems der Wirtschaft sehr schwer fällt. Das gegenwärtige dominierende Zielsystem mit Shareholder Value und Orientierung an Quartalsberichten kann nicht Knappheiten vorweg nehmen, die erst in Jahrzehnten ernsthaft spürbar werden. Also Knappheiten für unsere Kinder und Kindeskinder, die ja die eigentliche Zielgruppe des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung sind.



Jürgen H. Lottmann war nach seiner Tätigkeit im Bundesministerium des Innern von 1976-1985 als Geschäftsführer des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen tätig. Danach war er als Abteilungsleiter im Hessischen Umweltministerium für Immissionsschutz und Allgemeine Umweltfragen zuständig. 1988 wechselte er zur KfW. Als Leiter der Stabsstelle Umwelt gehörte auch die umweltfachliche Betreuung von Projekten im Ausland zu seinen Aufgaben. Hinzu kamen ein langjähriges Engagement als Vorsitzender des Wissenschaftlich-Technischen Ausschusses des Forschungszentrums Karlsruhe oder ehrenamtliche Tätigkeiten wie in der Jury Umweltzeichen „Blauer Engel“. Seit Juli 2005 ist Herr Lottmann im Ruhestand als freiberuflicher Sachverständiger im In- und Ausland aktiv.

DIE WIRKUNG UNSERER PRODUKTE: NACHHALTIGES WACHSTUM ALS AUFGABE.

UMWELT- UND KLIMASCHUTZ:

Förderprogramme wirken immer vielschichtig. Neben den beabsichtigten, direkten Effekten treten immer auch indirekte Wirkungen auf. Beispielsweise ist Umweltschutzförderung nicht nur für die Umwelt positiv. Eine jüngst veröffentliche Studie, für die unter anderen das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung verantwortlich zeichnet, zeigt deutlich auf, dass sich produkt- und produktionsintegrierter Umweltschutz für die Investoren auch betriebswirtschaftlich rechnet: Unternehmen, die auf Ressourceneffizienz setzen, sind leistungsfähiger als andere Unternehmen.

Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass die Förderung von Investitionen in den Umweltschutz mehr bewirkt: Sie erzielt positive Effekte in den Bereichen der Wirtschafts- und Innovationsförderung, der Förderung des Strukturwandels und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Beschäftigungsförderung, die wiederum Einkommen sichert und Armut bekämpft.

Umweltschutz gewährleistet z. B. die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und sichert den Menschen, die davon abhängen, ihre natürliche Lebensgrundlage. Mit Umweltschutzprojekten wird der Belastung von Luft, Wasser und Boden mit Schadstoffen entgegengewirkt und somit ein Beitrag zu einer gesunden, bewohnbaren Umwelt geleistet. Diese Beispiele zeigen neben der wirtschaftlichen auch die soziale Dimension des Umweltschutzes auf. Damit ist Umweltschutzförderung immer auch ganzheitlich als Beitrag zur Nachhaltigkeit zu verstehen.

UMWELT- UND KLIMASCHUTZFÖRDERUNG IM ÜBERBLICK.

In den zurückliegenden drei Jahren erzielte die Förderung im Bereich Umwelt- und Klimaschutz regelmäßig einen Anteil am gesamten Fördervolumen der KfW Bankengruppe von etwa 20 %.[2] Dies unterstreicht deren herausragende Bedeutung als Querschnittsaufgabe für die Bank. Zusammengenommen hat die KfW Bankengruppe in den Jahren 2003 bis 2005 ein Kreditvolumen von 29 Mrd. EUR für diese Zwecke zur Verfügung gestellt (vgl. Tabelle „KfW-Finanzierungen für Umwelt- und Klimaschutz“).

Mit rund 17,7 Mrd. EUR oder 85 % des inländischen Fördervolumens für Klima- und Umweltschutz wurden Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung gefördert. Die KfW leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele in Deutschland.

[2] Ohne Verbriefungen.

KfW-Finanzierungen für Umwelt- und Klimaschutz
Angaben in Mio. EUR

	2003	2004	2005	Summe
KfW Entwicklungsbank				
Projekte mit Haupt- oder Nebenziel Umwelt- und Ressourcenschutz	701	1.009	685	2.395
DEG				
Projektfinanzierungen (Umwelt-/Ressourcenschutz als Haupt- oder Nebenziel)	293	356	407	1.056
KfW IPEX-Bank				
Total	1.379	1.717	1.562	4.658
– Inland	345	1.075	456	1.876
– Ausland	1.034	642	1.106	2.782
Investitionsförderung in Deutschland und Europa KfW Förderbank und KfW Mittelstandsbank				
Gewerblicher Umweltschutz	947	571	719	2.237
Erneuerbare Energien[1]	3.183	1.658	3.587	8.428
Energetische Wohnraumsanierung[2]	2.334	3.193	2.237	7.764
Kommunale Infrastruktur	953	1.071	492	2.516
– Abwasserentsorgung	708	535	302	1.545
– Wasserversorgung	114	126	62	302
– Abfallwirtschaft	39	188	75	302
– Energieeinsparung	92	222	53	367
Total	7.417	6.493	7.035	20.945
Klimaschutz insgesamt	6.169	5.409	6.153	17.731
alle Geschäftsfelder				
	9.790	9.575	9.689	29.054

[1] Private und gewerbliche Erneuerbaren-Vorhaben, mitfinanziert aus: ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm; DtA-Umweltprogramm; KfW-Umweltprogramm-Inland u. -Ausland; ERP-Innovationsprogramm; KfW-100.000-Dächer-Solarstrom-Programm; KfW-Programm zur Förderung erneuerbarer Energien.
[2] KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003; KfW-Programm zur CO_2-Minderung; KfW-CO_2-Gebäudesanierungsprogramm; Wohnraum Modernisieren; Ökologisch Bauen.

Klimaschutz ist ein geschäftsfeldübergreifender Förderschwerpunkt in der KfW. Von der Förderung der Wohnungswirtschaft über die Entwicklungszusammenarbeit bis hin zum KfW-Klimaschutzfonds wird mit verschiedenen Instrumenten daran gearbeitet, dass die Emissionen von Treibhausgasen im erforderlichen Rahmen bleiben. Die starken Klimaveränderungen zeigen: Nicht nur die begrenzten Vorkommen von Erdöl, Erdgas und Kohle erfordern ein Umdenken, sondern vor allem die Auswirkungen ihres Verbrauchs auf die Atmosphäre. Die Lösung kann nur in einem sparsamen und effizienten Umgang mit den traditionellen Energieträgern und in einer verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien liegen.

Die Bundesregierung hat daher ein nationales Klimaschutzprogramm verabschiedet. Darin wird der Handlungsbedarf für die Sektoren festgelegt, die nicht vom Emissionshandel betroffen sind, wie private Haushalte, Verkehr und Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Das nationale Klimaschutzprogramm hat zum Ziel, die Emissionen von Treibhausgasen im Zeitraum 2008-2012 bezogen auf 1990 um 21 % zu senken. Die KfW-Programme sind wesentlicher Bestandteil dieses deutschen Klimaschutzprogramms.

„Für den Klimaschutz werden derzeit hochinnovative Technologien und Dienstleistungen entwickelt. Im Gegensatz zur „konventionellen" Innovationsförderung der KfW, die an der Angebotsseite ansetzt, werden Innovationen im Klimaschutz auch von der Nachfrageseite her über die KfW-Förderung angeschoben. Dies gilt für hocheffiziente Heizungstechnik, erneuerbare Energien wie Erdwärmepumpen, innovative Lüftungssysteme oder Passivhaustechnologie. Kurz gesagt: Die Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz ist auch Innovationsförderung."

Detlef Leinberger, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe

KLIMASCHUTZ IM WOHNUNGSBAU.

In Deutschland wird der größte Teil der Primärenergie im Wohnbereich verbraucht. Hier liegt auch ein großes Einsparpotenzial. Von den über 30 Mio. Wohnungen in Deutschland, die vor der zweiten Wärmeschutzverordnung von 1984 errichtet wurden, sind bislang lediglich fünf Mio. umfassend saniert. Daher ist Klimaschutz auch ein vorrangiges Ziel der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme. Die KfW hat hier eigene Standards gesetzt. Energiesparhaus KfW 40 und KfW 60 sind feststehende Begriffe für eine energiesparende Bauweise geworden. Für die energetische Gebäudesanierung und ökologische Neubauten wurden von 2003 bis 2005 fast acht Mrd. EUR zugesagt.

Im nationalen Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist vorgesehen, den CO_2-Ausstoß der privaten Haushalte, der überwiegend durch Beheizung von Wohngebäuden entsteht, bis zum Jahr 2010 um etwa fünf Mio. t zu reduzieren. Durch die Aufstockung der Fördermittel im Rahmen der Förderinitiative „Wohnen, Umwelt, Wachstum" dürfte eine Reduktion des jähr-

lichen CO_2-Ausstoßes von mindestens 2,5 Mio. t, also die Hälfte des nationalen Reduktionsziels, erreicht werden. Damit sind die zugrunde liegenden Programme die mit Abstand wirksamsten und bedeutsamsten Maßnahmen zum Klimaschutz in Wohngebäuden, die es in Deutschland gibt.

FÖRDERUNG VON ERNEUERBAREN ENERGIEN.

Die Internationale Konferenz für erneuerbare Energien – renewables 2004 – in Bonn befasste sich mit der Frage: Wie kann der Anteil erneuerbarer Energien in Industrie- und Entwicklungsländern deutlich erhöht werden? Am Ende der Konferenz wurde ein umfassendes internationales Aktionsprogramm verabschiedet. Einer der wichtigsten Beiträge Deutschlands zu diesem Aktionsprogramm ist die KfW-Sonderfazilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Die KfW Entwicklungsbank wird im Rahmen der Sonderfazilität zinsgünstige Darlehen bis zu einer Gesamtsumme von 500 Mio. EUR für Vorhaben in Entwicklungs- und Transformationsländern vergeben. Gefördert werden Investitionen zur Verbreitung erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz. Die KfW vergibt die Darlehen und trägt das Kreditrisiko. Die Bundesregierung stellt im Haushalt des BMZ Mittel bereit, um diese Darlehen für die Entwicklungsländer zu verbilligen.

Nach einem Bericht des World-Watch-Instituts zählt die KfW Entwicklungsbank zu den drei größten Finanziers erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern. Auch die DEG finanziert den Bau von privaten Windparks, Laufwasser- und Geothermiekraftwerken in Entwicklungsländern. In der KfW IPEX-Bank finanzierte die Abteilung Energie und Umwelt zwischen 2003 und 2005 weltweit Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien mit über 580 Mio. EUR.

Im internationalen Vergleich herausragend ist aber auch die inländische Förderung: Mit insgesamt etwa 8,4 Mrd. EUR hat die KfW Förderbank von 2003 bis 2005 die Nutzung erneuerbarer Energien finanziert; davon allein 3,6 Mrd. EUR im Jahr 2005. Der Stellenwert der KfW-Förderung wird in Zukunft noch weiter wachsen. Angesichts steigender Energiekosten steht eine schnellere Diversifizierung der Strom- und Wärmeversorgung in Deutschland durch einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien ganz oben auf der energiepolitischen Agenda.

Finanzierung erneuerbarer Energien durch die KfW Entwicklungsbank: Biogasanlagen in Nepal.

Noch immer verwenden die Einwohner auf dem Land zum Kochen und Heizen vorwiegend Holz. Dreiviertel des gesamten nepalesischen Energieverbrauchs entfallen auf diese traditionelle Energiequelle. Qualm und Ruß verursachen insbesondere bei Frauen und Kindern Augen- und Lungenerkrankungen. Der Rückgang der Wälder führt zu Bodenerosion und beraubt die Menschen zunehmend ihrer eigenen Lebensgrundlage.

Seit 1975 fördert die Regierung Nepals den Bau von Biogasanlagen. Seit 1997 wird sie dabei von der KfW Entwicklungsbank mit 15 Mio. EUR aus dem BMZ-Haushalt unterstützt. Die Anlagen liefern Gas für Herde und Lampen. Bereits ab zwei Rindern kann eine solche Anlage betrieben werden. Die häuslichen Latrinen werden ebenfalls angeschlossen. Der erzeugte vergorene Faulschlamm wird kompostiert und so zu wertvollem Dünger. Bisher wurden im Rahmen des Projektes 100.000 Biogasanlagen installiert. Bis 2009 sollen weitere 200.000 Anlagen folgen.

Die Mittel werden über die Agricultural Development Bank of Nepal an die lokalen Anlagenbauer geleitet. Ein Teil der Mittel wird als Baukostenzuschüsse gewährt. Die Bauern sind Auftraggeber, erbringen Eigenleistungen beim Bau der Anlagen und betreiben später die Anlagen. So beteiligen sie sich maßgeblich an den Gesamtkosten des Programms.

KLIMASCHUTZ UND RESSOURCENEFFIZIENZ IN UNTERNEHMEN.

Industrieller Umweltschutz setzt zunehmend auf prozessintegrierte Verfahren. Nachsorgende „end-off-pipe“-Technologien werden – wo möglich – ersetzt. So können durch innovative Verfahren potenziell umweltgefährdende Stoffe im betriebsinternen Kreislauf gehalten werden. Andere Technologien setzen auf sparsameren Rohstoff- und Energieeinsatz oder auf neue umweltkompatible Rohstoffe.

Beratung zur Ressourceneffizienz – Kooperation mit der Effizienzagentur Nordrhein-Westfalen (EFA).

Eine Effizienzberatung kann oft den entscheidenden Impuls für den Einsatz umwelt- und kostenschonender integrierter Technologien geben. Daher besteht seit sechs Jahren eine Umwelt-Allianz zwischen der KfW und der Effizienzagentur NRW: Bei anstehenden Investitionen vermittelt die EFA die geeigneten Förderprogramme und begleitet das Unternehmen aktiv auf dem Weg zur erfolgreichen Antragstellung. In vielen Fällen wurde und wird auf die Umweltförderprogramme der KfW zurückgegriffen. Auf der anderen Seite macht die KfW Unternehmen aus NRW mit entsprechendem Beratungsbedarf auf das Beratungsangebot der EFA aufmerksam.

Unter den gegebenen Marktbedingungen werden solche zukunftsorientierten Investitionen nicht immer honoriert. Bei der Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten setzt das nicht selten höhere Investitionen voraus. Ziel der KfW ist es, den Investoren die Entscheidung für Umweltschutz zu erleichtern. Im Zeitraum zwischen 2003 und 2005 förderte die KfW im Inland Investitionen in produktions- oder produktintegrierten Umweltschutz mit knapp 1,2 Mrd. EUR.

Das Sparpotenzial bei produzierenden Unternehmen wird häufig unterschätzt. Einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zufolge, besteht bei Energie- und Ressourceneffizienz im internationalen Vergleich sogar Nachholbedarf in deutschen Betrieben. Der entscheidende Ansatzpunkt, dies zu ändern, ist bei den Unternehmern selbst zu suchen. Ein Instrument, mit dem die KfW bundesweit mehr Aufmerksamkeit für betriebliche Energieeffizienz erreichen will, ist der KfW-Energieeffizienzpreis.

Der KfW-Energieeffizienzpreis wird seit 2004 jährlich von der KfW Förderbank ausgeschrieben. Der mit insgesamt 15.000 EUR dotierte Preis zeichnet vorbildliche Unternehmen aus, die erfolgreich betriebliche Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umgesetzt haben und dadurch ihren Kohlendioxid-Ausstoß wesentlich mindern und erhebliche Kosteneinsparungen realisieren konnten. Die ausgezeichneten Leistungen sollen zukunftsweisende Lösungen für die Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen aufzeigen und Vorbildfunktion für andere Unternehmen haben.

Der KfW-Energieeffizienzpreis widmet sich jedes Jahr einem Schwerpunktthema. In den Jahren 2004 und 2005 ging es um beispielhafte Lösungen für betriebliche Stromeinsparmaßnahmen. Der diesjährige Wettbewerb unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Glos steht unter dem Motto „Energetische Modernisierung von gewerblich genutzten Gebäuden".

Energieberatung auf Bundes- und Länderebene.

Die KfW arbeitet auf diesem Feld eng mit Bundes- und Landesagenturen zusammen. Dies sollen zwei Beispiele aus dem Bereich der Energieberatung zeigen:

Beispiel Bund:
Eine besondere Form der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auf dem Feld des Klimaschutzes ist die laufende Unterstützung der Deutschen Energie Agentur (dena), die insbesondere durch ihre Aktivitäten zur Energieeffizienz und für die erneuerbaren Energien zu einer wichtigen Einrichtung geworden ist. Die KfW ist an der dena zu 50 % beteiligt. Aufgabe der dena ist die Unterstützung der öffentlichen Hand und von Unternehmen bei der Förderung rationeller und umweltschonender Energieerzeugung und -nutzung einschließlich erneuerbarer Energien. In Programmen und Projekten regt sie zukunftsweisende Techniken und Dienstleistungen an und begleitet sie in ihrer Entwicklung.

Beispiel Land Berlin:
Die KfW ist zu 25 % an einem weiteren Kompetenzträger in Sachen Energie beteiligt: der Berliner Energieagentur. Vom Berliner Senat initiiert, ist es Aufgabe der Berliner Energieagentur, Energiespar- und -effizienzpotenziale für Kunden aus Industrie und Gewerbe, Wohnungswirtschaft, tertiärem Sektor und öffentlicher Hand zu erschließen. Durch Beratung und den Einsatz modernster Technik trägt die Berliner Energieagentur zu Innovation, Klimaschutz und Kostensenkung bei.

KFW-KLIMASCHUTZFONDS ALS NEUES INSTRUMENT.

Als Reaktion auf den globalen Klimawandel hat die EU im Zuge des Kyoto-Prozesses das europäische Emissionshandelssystem (ETS) eingeführt. Im Zuge des ETS stellen die Mitgliedsstaaten nationale Allokationspläne auf, welche die genaue Emissionsmenge für Anlagen festlegen, die dem Emissionshandel unterliegen. Mit der Kopplung von ökologischen Zielen und unternehmerischem Handeln hat Klimaschutz jetzt einen Preis. Dadurch soll der Wettbewerb den Einsatz der effizientesten Technologien zur Reduktion der Treibhausgase sicherstellen. Zugleich wird der Transfer moderner Technologien gefördert und Impulse für umwelt- und sozialverträgliche Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern gegeben.

Ob ein Unternehmen seine Emissionen selbst mindert oder Emissionsrechte und -gutschriften aus Projekten zukauft, ist eine unternehmerische Entscheidung. Dabei wird in der Regel der kostengünstigste Weg gewählt. Die KfW unterstützt sowohl diejenigen, die in Emissionsminderung investieren als auch die, die Emissionsgutschriften aus Projekten erwerben wollen. Letztere unterstützt die KfW mit dem neuen Instrument KfW-Klimaschutzfonds.

Im Umweltbericht 2003 hat die KfW angekündigt, dass ein solcher Klimaschutzfonds entwickelt wird. Im April 2004 ist der KfW-Klimaschutzfonds an den Start gegangen. Er ist ein Beschaffungsprogramm für Emissionsgutschriften aus Projekten, die flexible Mechanismen des Kyoto-Protokolls nutzen. Unternehmen, die sich am KfW-Klimaschutzfonds beteiligen, können ihre ETS-Verpflichtungen kostengünstig erfüllen. Dazu erwirbt die KfW treuhänderisch Emissionsgutschriften aus Projekten in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern.

In der ersten Tranche stehen dem KfW-Klimaschutzfonds 84 Mio. EUR zur Verfügung. Die ursprünglich angestrebte Summe von 50 Mio. EUR wurde damit klar übertroffen. Rund 20 deutsche und europäische Unternehmen, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und die KfW haben hierzu ihren Beitrag geleistet.

In der gemeinsam mit dem TÜV Rheinland getragenen Initiative „Kyoto Coaching Cologne“ berät die DEG Unternehmen beim Erwerb von Klimaschutzzertifikaten. Dabei arbeitet sie auch eng mit dem KfW-Klimaschutzfonds zusammen.

KfW beteiligt sich am Weltbank-Klimafonds.

Die KfW ist mit 2,5 Mio. US-Dollar am Klimafonds der Weltbank für Kleinprojekte, dem Community Development Carbon Fund (CDCF), beteiligt. Der Fonds kauft Emissionsgutschriften aus Vorhaben zur Minderung von Klimagasen in Entwicklungsländern, die zugleich die Lebensbedingungen ärmerer Bevölkerungsschichten verbessern.

Projektbeispiel: Effizientere Brennöfen für Ziegelsteine.
Die traditionelle indische Lehmziegelfabrikation nutzt einfache Brennöfen, die Kohle ineffizient verbrennen und dabei Schadstoffe wie Rußpartikel und Stickoxide freisetzen. Dies bedeutet eine große gesundheitliche Belastung für die Arbeiter. Darüber hinaus schafft der ineffiziente Brennstoffeinsatz eine vermeidbare CO_2-Belastung der Atmosphäre. Das indische „Vertical Shalf Brick Kiln Cluster Project“ fördert den Einsatz effizienterer Brennöfen. Diese verbrauchen nur die Hälfte des Brennstoffes wie traditionelle Öfen. Durch Schulungen der Unternehmer und Arbeiter wird die Effizienz noch weiter gesteigert. Der verminderte Schadstoffausstoß und ein geändertes Arbeitsverhalten verbessern auch die Lebensqualität der Arbeiter. Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Emissionshandel verschaffen den Investoren die nötige Basis, um die Investition in neue Öfen finanzieren zu können.

KLIMASCHUTZ UND EMISSIONSARMER VERKEHR.

Im Verkehrsbereich sind Klimaschutz und Emissionsminderung dringlich und zugleich auch schwierig umzusetzen. Die KfW hat hier insbesondere durch die Förderung aus dem Umweltinnovationsprogramm vielfältige Impulse gegeben. Zu den herausragenden Vorhaben zählen das Pilotprojekt „Tausend Umwelttaxis für Berlin“ (TUT) und die Busse nach Enhanced Environmentally Friendly Vehicle (EEV)-Standard.

Förderung Erdgas betriebener Fahrzeuge.

Im Jahr 2000 starteten das Bundesumweltministerium, der Berliner Senat und die deutsche Gaswirtschaft das Umweltpilotprojekt „TUT". Die Anschaffung und der Betrieb Erdgas betriebener Taxis und Fahrschulfahrzeuge sowie der Ausbau des Tankstellennetzes wurden mit Zuschüssen aus dem Umweltinnovationsprogramm unterstützt. Ziel des Projektes war es, einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz und zur notwendigen Senkung des Schadstoffausstoßes im Berliner Stadtverkehr zu leisten. Dies gelang durch den Einsatz von Erdgas als CO_2-armem Kraftstoff mit seinem geringeren Kohlenstoffanteil und deutlich geringeren Emissionswerten bei Stickoxiden und Rußpartikeln. Mit diesem Umweltprojekt wird auch beispielhaft für andere Großstädte und Ballungsräume in Deutschland gezeigt, dass umweltfreundliche Mobilität mit Erdgas machbar und zugleich wirtschaftlich ist.

Förderung emissionsarmer Busse.

Busse tragen insbesondere mit gesundheitsgefährdendem Dieselruß zur Luftbelastung bei. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat hieran einen erheblichen Anteil. Damit sein Ökobonus nicht schwindet, wurde im Rahmen des Projektes „Anspruchsvolle Umweltstandards im ÖPNV-Wettbewerb" auch die Anschaffung von Bussen gefördert, die den EEV-Standard erfüllten. Dieser Standard geht noch über die ab 2008 gültige Abgasnorm „EURO 5" hinaus. Mit der Reduzierung des Rußausstoßes ist zugleich gewährleistet, dass der Ausstoß weiterer Schadstoffe, darunter Stickoxide, erheblich sinkt.

Kommerzielle Finanzierung emissionsarmer Verkehrsmittel.

Die KfW IPEX-Bank gehört weltweit zu den größten Schiff-Finanziers. Schiffe zählen an sich schon zu den umweltverträglichsten Verkehrsmitteln, da sie den Landverkehr entlasten und effizient Güter transportieren. Die Umweltverträglichkeit der Finanzierungen wird dennoch auch beim Schiffsbau streng geprüft. So werden beim Tankerbau nur moderne Doppelhüllenschiffe finanziert. Im hochinnovativen Schiffbau hat sich Deutschland wieder zu einem bedeutenden Standort entwickelt.

Auch im Bereich des Flugverkehrs ist die KfW IPEX-Bank ein starker Finanzier. So finanzierte die KfW von Anfang an die europäische Airbus-Industrie mit und trug damit zu deren starker Marktposition bei. Nun können weltweit moderne, energieeffiziente und leisere Flugzeuge abgesetzt werden.

Die KfW IPEX-Bank begleitet deutsche Exporteure beim Aufbau kompletter Schienensysteme. Neben dem „rollenden Material“ werden dann auch die Signaltechnik, die Steuerungstechnik oder die Elektrifizierung finanziert. Ein Beispiel für diesen umfassenden Projektansatz ist die Flughafenanbindung Kuala Lumpur in Malaysia mit dem „Express Rail Link“.

Förderung der Verkehrsinfrastruktur in der KfW Entwicklungsbank.

In der KfW Entwicklungsbank ist die Förderung von Mobilität, Zugang zu Märkten, sozialer Infrastruktur und Teilhabe an Globalisierung ein wichtiges Thema. Allein die 2005 fertig gestellten Straßenbaumaßnahmen bewirkten, dass über zwei Mio. Menschen erstmals einen besseren Zugang zu Märkten, Schulen, Krankenstationen und Arbeitsplätzen durch ganzjährig befahrbare Straßen und Wege haben.

„Der rasant wachsende Individualverkehr ist in den dynamischen, bevölkerungsreichen Entwicklungsländern Asiens der am schnellsten wachsende Energieverbraucher. Dies hat globale Auswirkungen auf CO_2, Klima und Ölmärkte und -preise. Darum unterstützt die KfW Entwicklungsbank z. B. in China und Indonesien sehr energieeffiziente Alternativen wie Eisenbahn und ÖPNV.“

Dr. Norbert Kloppenburg, Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe ab 1. Januar 2007

SCHUTZ DER BIOLOGISCHEN VIELFALT.

Wolfgang Kroh,
Mitglied des Vorstands
der KfW Bankengruppe

„Zwei Drittel aller Armen leben in ländlichen Gebieten. Aufgrund ihrer Wohn- und Lebensmöglichkeiten ist diese Bevölkerungsgruppe besonders auf das Funktionieren und den Erhalt der sie umgebenden natürlichen Ökosysteme angewiesen. Die Umwelt dient ihnen einerseits als Versorgungsquelle, andererseits beeinflussen Umweltbelastungen aber auch stark ihre Gesundheitssituation. Vor allem ihre finanzielle Lage schränkt die Ausweichmöglichkeiten grundlegend ein. Armut und Umwelt sind ursächlich und wechselseitig miteinander verknüpft, die Wirkungszusammenhänge sind vielfältig."

Weltweit sind natürliche Ressourcen und biologische Vielfalt zunehmend bedroht, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt. Ihr Schutz ist daher – vergleichbar dem Klimaschutz – ein Anliegen von globaler Bedeutung. Aus global-ökologischer Perspektive ist es erforderlich, das weltweite „Netz" an Schutzgebieten dichter zu knüpfen und repräsentative Teile aller natürlichen Ökosysteme unter Schutz zu stellen. Bestehende Schutzgebiete sind insbesondere in Entwicklungsländern oft unterfinanziert. Daher ist die weltweite Bewahrung von Biodiversität ein vordringliches Handlungsfeld der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Maßnahmen zur Schaffung neuer und Konsolidierung bestehender Schutzgebiete werden schwerpunktmäßig gefördert. Eine Arbeitsgruppe „Biodiversity Offsets" in der KfW hat den Auftrag, ein Modell zur Finanzierung von Ausgleichsmaßnahmen im Naturschutz zu entwickeln.

Ein Geschenk an die Welt:
Die madagassische Umweltschutzstiftung.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt seit Jahren Madagaskar, um zusammen mit anderen Gebern und dem „World Wide Fund for Nature" (WWF) ein nachhaltiges Netz von Nationalparks einzurichten, zu erhalten und zu betreiben, das repräsentativ für die biologische Vielfalt und die Naturlandschaften Madagaskars ist. Das Netz der 47 madagassischen Schutzgebiete umfasst gegenwärtig acht integrierte Naturreservate, 16 Nationalparks und 23 Naturreservate.

Um die finanzielle Sicherheit dieser Einrichtungen dauerhaft zu gewährleisten, wurde mit Unterstützung der KfW Entwicklungsbank in dreijähriger Arbeit eine Stiftung gegründet: Die gemeinnützige Umweltschutzstiftung „Fondation pour les Aires Protegées et la Biodiversité de Madagascar". Die Stiftung wird mit einem Stiftungsvermögen von zunächst fünf Mio. US-Dollar ausgestattet. Bis 2008 soll das Kapital auf 50 Mio. US-Dollar wachsen.

Um die bislang nur punktuellen Initiativen der gemeinsamen Projekttätigkeit auf ein breiteres Fundament zu stellen, haben KfW Entwicklungsbank und der WWF im Mai 2004 ein Kooperationsabkommen geschlossen (s. Infokasten „Ein Geschenk an die Welt“). Ziel ist es insbesondere, Kooperationsmöglichkeiten zu identifizieren und zu nutzen.

Seit Jahresende 2003 ist die KfW Entwicklungsbank Mitglied der „Conservation Finance Alliance“ (CFA). Die CFA ist ein Netzwerk von Naturschutzorganisationen und Geberinstitutionen (u. a. Conservation International, Danida, GTZ, UNDP, USAID, WWF), das den Informations- und Erfahrungsaustausch zum Thema „Finanzierung von Naturschutz und Schutzgebieten“ fördert. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Verbreitung von Arbeitshilfen und vorbildlichen Beispielen.

Ein weiteres Forum für den Naturschutz, das von der KfW Entwicklungsbank begleitet wird, ist die „World Commission on Protected Areas“ (WCPA). Die WCPA ist das weltweit maßgebliche Fachgremium für den Themenbereich „Schutzgebiete“. Neben der Bewahrung natürlicher Landschaftsräume in größtmöglicher Repräsentativität stellt der Komplex „wirksames und nachhaltiges Management“ solcher Gebiete eines der zentralen Anliegen der WCPA dar. Die Umorientierung der „Schutzgebietsphilosophie“, weg von der isolierten, rein naturschützerisch bewahrenden Betrachtungsweise und hin zu einem umfassenden, auch das sozioökonomische Umfeld berücksichtigenden Ansatz, wurde maßgeblich von der WCPA initiiert.

Eine neue Partnerschaft im Themenfeld Naturschutz und Erhalt natürlicher Ressourcen ist der Beitritt der KfW zum Kompetenzverbund Biodiversität im Jahr 2006. Dem Netzwerk gehören renommierte Institutionen des Frankfurter Raums an, die sich der Erforschung, dem Erhalt und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt verschrieben haben.

Sponsoring für den Naturschutz.

Seit 1995 arbeitet die KfW Entwicklungsbank im Auftrag des BMZ mit dem „Southern African Wildlife College“ am Orpen Gate des weltbekannten Krüger Nationalparks in Südafrika zusammen. Darüber hinaus sponsert die KfW Entwicklungsbank das College in den Jahren 2005 bis 2007. Jährlich haben drei Studentinnen aus verschiedenen afrikanischen Ländern die Gelegenheit, zu Managerinnen von Nationalparks aus- und fortgebildet zu werden. Insbesondere liegt der KfW Entwicklungsbank bei diesem Projekt daran, dass auch Frauen durch diese Ausbildung Karrieremöglichkeiten eröffnet werden.

WIRTSCHAFT UND SOZIALES:
IMPULSE FÜR STRUKTURWANDEL UND BESCHÄFTIGUNG.

Die im Jahr 1948 gegründete KfW unterstützte den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und trug damit nicht unerheblich zum Wirtschaftswunder bei. Eine vergleichbare Wiederaufbauleistung erbrachte die KfW im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Als der führende Wirtschaftsförderer Deutschlands haben wir unseren Instrumentenkasten kontinuierlich weiterentwickelt. Um noch gezielter Strukturwandel und Beschäftigung zu fördern, zielt die KfW darauf,

- zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse für den Mittelstand zu geben,
- dessen Zugang zur Finanzierung weiter zu verbessern und
- das Innovationssystem zu stärken.

Innovationen haben für Volkswirtschaften eine herausragende Bedeutung: Sie sind die wesentliche Triebfeder für Strukturwandel und Wirtschaftswachstum. Gerade als exportorientiertes Land ist Deutschland im harten internationalen Wettbewerb auf eine sehr hohe technologische Leistungsfähigkeit und innovative Unternehmen angewiesen. Nur so können zukunftsfähige Arbeitsplätze im globalen Wettbewerb erhalten bzw. geschaffen werden.

Dabei kommt KMU für die Innovationsfähigkeit und Innovationsdynamik einer Volkswirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Es sind vor allem FuE-intensive, wissensbasierte, kleine und junge Unternehmen sowie Gründungen, die an völlig neuen Technologien arbeiten. Das Unternehmenssegment der KMU ist aber auch aufgrund seines hohen Beschäftigtenanteils von außerordentlicher volkswirtschaftlicher Bedeutung: KMU beschäftigen über 70 % der Arbeitnehmer in Deutschland. Zentrales Ziel der Mittelstandsförderung der KfW ist es daher, dazu beizutragen, das Innovations- und das Beschäftigungspotenzial der KMU möglichst vollständig auszuschöpfen.

Dr. Peter Fleischer,
Mitglied des Vorstands
der KfW Bankengruppe

„Die Ergebnisse unserer Untersuchungen zeigen, dass unsere Förderung auch zur Stärkung des Arbeitsmarktes beiträgt. Durch Förderkredite für die gewerbliche Wirtschaft, den Wohnungssektor und die kommunale Infrastruktur werden jährlich Arbeitsplätze in der Größenordnung von über einer Million wettbewerbsfähiger und krisenfester gemacht. Dies geschieht direkt durch die geförderten Investitionen oder indirekt durch Nachfrageeffekte. Hinzu kommen jährlich mehrere zehntausend Arbeitsplätze, die - induziert durch die Förderung – neu geschaffen werden.“

Auch in Entwicklungs- und Schwellenländern ist es das langfristige Kapital, das fehlt, um in Beschäftigung und Produktionserweiterungen zu investieren. Und diese sind die Basis der Armutsbekämpfung. Die von der KfW Bankengruppe geförderten Projekte sind oft wichtige Devisenbringer für das Partnerland und sie schaffen in der Region zusätzliche Beschäftigung und stabile Einkommen für die oft arme ländliche Bevölkerung.

Ein wichtiger Ansatz Armut zu lindern, ist ein besserer Zugang zu Finanzdienstleistungen. So können z. B. Unternehmen mit Hilfe von Mikrokrediten gegründet werden. Dies setzt aber voraus, dass es ein Mindestmaß an Rechtssicherheit und eine Regulierung des Bankensektors gibt, das die Gründung von Mikrobanken erlaubt und ihnen geschäftliche Handlungsspielräume verschafft.

Ein großer Tag für die Mikrofinanzierung.

Die KfW Entwicklungsbank gratulierte im Oktober 2006 Muhammad Yunus und der Grameen Bank in Bangladesh zum Friedensnobelpreis.

Die von Yunus entwickelte Idee der Mikrofinanzierung ist einer der wichtigsten Förderansätze für die Bekämpfung von Armut und zur Entwicklung von Wohlstand. Seit den achtziger Jahren sammelt die KfW Entwicklungsbank Erfahrungen bei der erfolgreichen Gründung und Unterstützung von spezialisierten Mikrobanken in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Bei der 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Grameen Bank ist die KfW das erste größere Engagement bei einer Mikrobank eingegangen. In den achtziger und neunziger Jahren hat die KfW der Bank insgesamt 24 Mio. EUR zur Vergabe von Kleinstkrediten zur Verfügung gestellt. Heute finanziert die Grameen Bank ihr Mikrokreditengagement aus Ersparnissen ihrer Kunden. So führt Hilfe zur Selbsthilfe zum Erfolg.

Die KfW Entwicklungsbank gehört zu den weltweit führenden Akteuren in der Mikrofinanzierung. Ihr Mikrofinanzportfolio betrug Ende 2005 rund 580 Mio. EUR. Mit Bundesmitteln, aber auch mit eigenen Geldern, unterstützt die KfW heute im Auftrag des BMZ 92 Mikrofinanzvorhaben in 39 Ländern und erreicht damit mehr als 12 Millionen Menschen. Mit ihrem Engagement konnte die KfW inzwischen auch Geschäftsbanken zu einer Beteiligung an Mikrobanken bewegen.

BILDUNGSREICHTUM FÜR BESSERE BERUFSCHANCEN.

Bildung ist ein Grundbedürfnis aller Menschen einer Gesellschaft. Sie eröffnet individuelle Lebens- und Entwicklungschancen und sie fördert sozialen Zusammenhalt. Nicht zuletzt gibt es für das Bedürfnis nach Bildung auch einen ökonomischen Aspekt: Wer über eine gute Bildung verfügt, hat vergleichbar höhere Chancen auf Beschäftigung und Einkommen. Bildung und berufliche Qualifizierung erhöhen den Wert des Humankapitals und sind eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der es Individuen und Gesellschaften erlaubt, sich auf neue Erfordernisse einzustellen, seien sie wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Art. Deshalb ist Bildung ein Schlüsselelement für gesellschaftliche Entwicklung, Innovation, Strukturwandel und Zukunftsfähigkeit.

Gerade in Entwicklungsländern blieb in der Vergangenheit vielen jungen Menschen eine berufliche Perspektive verwehrt. Deshalb gibt es hier viel nachzuholen.

Berufsschulen in Äthiopien.

In Äthiopien unterstützt die KfW Entwicklungsbank die berufliche Ausbildung junger Menschen durch Einrichtung und Betrieb von Berufsschulen.

Da Äthiopien kein qualifiziertes Berufsausbildungssystem besitzt, fördert die deutsche Finanzielle Zusammenarbeit dort im Rahmen eines zukunftsweisenden PPP-Projektes das Bildungswesen. Finanziert werden der Bau und der Betrieb von Kompetenzzentren, in denen junge Berufsschüler z. B. das Schneiderhandwerk oder Reparaturberufe erlernen können. Die professionelle Unterstützung verbessert deutlich die Zukunftsaussichten junger Menschen am heimischen Arbeitsmarkt.

Konzentriertes Studieren mit dem Studienkredit der KfW.

Diverse Studien haben auch für ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland zum Teil Defizite bei der Erlangung von Bildung und beruflicher Qualifikation aufgezeigt. Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die Zahl der Studierenden steigen muss und insbesondere der Anteil aus weniger wohlhabenden Schichten der Bevölkerung.

„Wir müssen Bildung fair verteilen. Damit meine ich: Bildung – und insbesondere die Grundbildung – muss alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen erreichen. Heute gelingt uns das noch nicht ausreichend. Bildungsarmut ist erblich! Neben der sozialen Unausgewogenheit, die dahinter steckt, zeigt sich hier vor allem auch das große Potenzial, das es zu heben gilt. Ziel der Effizienzsteigerung im Bildungsbereich muss es daher sein, gerade in den einkommensschwachen Herkunftsgruppen mehr Schüler zur Aufnahme eines Studiums zu führen."

Hans W. Reich, ehemaliger Sprecher des Vorstands der KfW Bankengruppe (bis September 2006)

Ein Beitrag dazu ist der neue Studienkredit der KfW Förderbank. Studierende werden von der Notwendigkeit befreit, für die Finanzierung ihres Lebensunterhaltes ein entsprechendes Einkommen zu erwirtschaften. Dadurch kann die Konzentration auf das Studium erhöht und damit die Zeit an der Hochschule verkürzt werden. Überdies engagiert sich die KfW schon seit langem in der Bildungsförderung sowohl mit inländischen Förderprogrammen der KfW Förderbank als auch weltweit durch die KfW Entwicklungsbank.

WIRKUNGSVOLLE FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist gleichermaßen Menschenrecht und wirtschaftliche Notwendigkeit. Dennoch leiden weltweit Frauen und Mädchen wesentlich stärker unter Armut und schlechten Lebensbedingungen als Männer und Jungen. Eine ausgewogene Beteiligung am Entwicklungsprozess ist aber auch Voraussetzung für nachhaltige Armutsminderung. Geschlechterspezifische Benachteiligungen gehören zu den gravierenden strukturellen Armutsursachen. Die Gleichstellung der Geschlechter und die Verbesserung der Position und Chancen von Frauen sind darum wichtige Ziele in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und damit der KfW Entwicklungsbank.

Im Juli 2005 hat die KfW Entwicklungsbank ihre neue Genderstrategie verabschiedet und mit einem verbindlichem Handlungsplan ergänzt, um so die Gleichstellung von Mann und Frau in ihrer Arbeit zu verankern und besser in Projekten umzusetzen. Ziel ist die weitere Professionalisierung der KfW Entwicklungsbank im Hinblick auf Genderaspekte. Dies soll dazu beitragen, die strukturellen Ursachen für Ungleichheit und Armut zu verändern und so wirksamer die Millenniumsentwicklungsziele zu verfolgen. Konkret soll die Anzahl der Neuvorhaben mit positiver Genderwirkung innerhalb von drei Jahren um mehr als 40 % gesteigert werden.

Ingrid Matthäus-Maier, Sprecherin des Vorstands der KfW Bankengruppe

„Mit Mikrokrediten können Frauen sich selbst aus der Armut herausarbeiten und damit der Gleichberechtigung in der Gesellschaft näher kommen. Und auch die Mikrobanken gewinnen, weil die weiblichen Kreditnehmer eine sehr hohe Rückzahlungsmoral haben. Eine ideale "Win-Win"-Situation.“

GESUNDHEIT UND LEBENSQUALITÄT ALS SCHWERPUNKT.

Eine der größten Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit ist die Gesundheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Daher stellt der Auf- und Ausbau der Gesundheitsversorgung einen Schwerpunkt der Arbeit der KfW Entwicklungsbank in 16 Partnerländern dar. Neben Krankenhausprojekten oder Krankenstationen zählen auch Aufklärungsprogramme wie Familienplanung und HIV-Vorbeugung zu den Aktivitäten.

In den Industrieländern erweitert der technologische Fortschritt die verfügbaren Diagnose- und Therapiemöglichkeiten und die Lebenserwartung steigt hierdurch immer weiter. Die Herausforderung hier: explodierende Kosten des staatlichen Gesundheitssystems. Nicht umsonst ist zum fünften Mal in Folge die Medizintechnik zur beliebtesten Zielbranche von Business Angels gewählt worden. Hinter Unternehmensgründungen in diesem Bereich stehen hochinnovative Konzepte, die aber auch mit hohen Unsicherheiten behaftet sind. Die Kunst liegt in der Identifikation erfolgversprechender Geschäftsmodelle. Die KfW unterstützt erfahrene Venture Capital Gesellschaften, die z. B. Biotech-Unternehmen mit Wagniskapital ausstatten durch Ko-Investments, Refinanzierungen und als Ankerinvestor bei speziellen Frühphasenfonds.

KfW-Award 2006.

Dass fast jeder fünfte Deutsche mittlerweile im Seniorenalter ist, bringt auch unmittelbare Änderungen des Lebensumfeldes mit sich. Von der Gestaltung des eigenen Wohnumfeldes bis hin zu einer Organisation des sozialen Umfeldes werden daher innovative Ideen gesucht, die dieser Entwicklung Rechnung tragen. Diesem Thema hat sich die KfW in ihrem diesjährigen KfW-Award angenommen. Unter dem Motto „Europäisch Leben – Europäisch Wohnen“ werden mit dem KfW-Award vorbildliche Wohnobjekte in Deutschland ausgezeichnet, die sich dem europäischen Bauen verpflichtet fühlen und die sich von kreativen und zukunftsweisenden Ideen oder Vorbildern haben inspirieren lassen. Dabei steht jedes Jahr ein bestimmtes Thema im Vordergrund: 2006 war es „Wohnen im Alter“.

Ein demografisches Problem ganz anderer Art erleben viele Ballungszentren der Entwicklungsländer. Die oft besonders arme Landbevölkerung zieht in die großen Städte, wo sie sich bessere Lebensbedingungen verspricht. Sie treffen dort aber vielmehr auf menschenunwürdige Wohn-, Hygiene- und Ernährungsverhältnisse. In Afrika wohnt bereits jeder zweite Städter in Slums.

Im Rahmen der Armutsbekämpfung arbeitet die KfW Entwicklungsbank daran, die zunehmende Verarmung von Slumbewohnern zu bekämpfen. Stadtentwicklungsprojekte sollen dazu dienen, die Infrastruktur zu verbessern, Gewalt vorzubeugen und eine partizipative Sanierung der Slums zu fördern.

STIFTUNGEN/AUSGLEICHSFONDS.

Die KfW führt als Dienstleister in ihrem Geschäftsfeld „Beratung und Dienstleistungen“ das Stiftungsmanagement für zwei Stiftungen durch: Die „Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ (HIV-Stiftung) und die „Conterganstiftung für behinderte Menschen“ – besser bekannt als „Contergan-Stiftung“. Die KfW führt die Geschäfte im Auftrag der Stiftungsvorstände. Dazu gehören alle administrativen und operativen Aufgaben wie auch die komplette Abwicklung der Rentenauszahlung.

Bis Ende 2005 betreute die KfW auch den „Ausgleichsfonds für schwerbehinderte Menschen“. Dieser beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelte Fonds speist sich aus den Abgaben der Unternehmen, die zu wenige oder keine Behinderten beschäftigen. Die KfW legte die Mittel an und finanzierte in Abstimmung mit dem Bund Maßnahmen im Bereich Bau und Ausstattung von Werk- und Wohnstätten für behinderte Menschen mit. Dadurch konnten in der Vergangenheit 120.000 Werkstätten- und 38.000 Wohnstättenplätze geschaffen werden.

FRIEDENSFÖRDERUNG, KATASTROPHENHILFE UND WIEDERAUFBAU.

Umweltprobleme können grenzüberschreitend Bedeutung erlangen und Anlass für zwischenstaatliche Konflikte sein. Die Notwendigkeit, diese Probleme gemeinsam zu lösen, kann auch eine Chance für die Konfliktvermeidung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sein. Diese kann darüber hinaus zu einer neuen Vertrauensbasis führen. So kann mit dem positiven Umweltnutzen auch ein Beitrag zur Friedensförderung geleistet werden. In diesem Sinne hat die Bundesregierung im Jahre 2001 die Kaukasusinitiative ins Leben gerufen, die durch grenzüberschreitende Vorhaben die Kooperation der drei südkaukasischen Länder Georgien, Armenien und Aserbeidschan verstärkt und damit zum Konfliktabbau und zur Krisenprävention in der Region beiträgt. Im Rahmen der Kaukasusinitiative unterstützt die KfW Entwicklungsbank u. a. den Aufbau grenzüberschreitender Nationalparks sowie die Sanierung und den Neubau von Stromleitungen über die Staatsgrenzen hinweg. Auch an dem folgenden Beispiel aus dem Nahen Osten wird die friedensfördernde Wirkung grenzüberschreitender Umweltprojekte deutlich.

Grenzüberschreitende Umweltprojekte –
Ein Beitrag zur Friedensförderung.

Die begrenzten Wasserressourcen der Region um Tulkarem auf palästinensischem Gebiet und dem Landkreis Emek Hefer auf israelischer Seite sind ein kritischer Engpass und möglicher Anlass für zusätzliche Konflikte. Angesichts unzureichender Möglichkeiten zur Abwasserreinigung auf palästinensischer Seite wurden sowohl der die so genannte Green Line überschreitende Wadi Zeimar, der auf israelischer Seite in den ökologisch wertvollen Fluss Alexander mündet, als auch das Grundwasser auf beiden Seiten erheblich belastet und damit die verfügbaren Wasserressourcen weiter reduziert. Eine andere Folge der Belastung ist die Einschränkung der Verwendung des Flusses Alexander zu Bewässerungszwecken. Das beide Seiten betreffende Problem war das verbindende ökologische Thema und Anlass für eine Initiative des Landrats von Emek Hefer, vor rund zehn Jahren für funktionierende Kläreinrichtungen in Tulkarem zu sorgen, deren Wirkung letztlich beiden Seiten zugute kommen soll. Auf dem langen Weg der Projektrealisierung war die externe Mitwirkung der KfW Entwicklungsbank (Finanzierung und Vermittlung) ein wichtiges Element, um dem Projekt zum Erfolg zu verhelfen.

Im Jahr 2005 wurde die Anlage in Tulkarem – trotz der Schwierigkeiten durch die Intifada, die die größte Hürde bei der Realisierung darstellte – nach einjähriger Bauzeit fertig gestellt und gemeinsam vom Bürgermeister von Tulkarem und dem israelischen Landrat eingeweiht. Im Projekt wurden die bestehenden Klärteiche rehabilitiert und erweitert. Dafür wurden rund 1,5 Mio. EUR an Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt. Beide Seiten waren stolz darauf, dass man es geschafft hatte, trotz widriger politischer Umstände eine Kooperation einzugehen, die vielleicht auch Grundlage für eine zukünftige Zusammenarbeit darstellen und als positives Beispiel andere Gemeinden anregen könnte – denn der Bedarf an derartigen Anlagen ist noch hoch.

Katastrophenhilfe ist ein weiteres Feld, in dem die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung aktiv wird. 2004 beteiligte sie sich z. B. unmittelbar nach der Tsunami-Katastrophe an den Wiederaufbauarbeiten. Die KfW Entwicklungsbank war in den betroffenen Teilen Sri Lankas bereits vor der Flut mit Projekten der Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Dagegen war die Provinz Aceh im Nordwesten Indonesiens zuvor aufgrund der Bürgerkriegssituation von internationaler Unterstützung ausgeschlossen. In beiden Regionen wurde nachhaltig geholfen. Höchste Priorität hatte dabei der Bereich Gesundheit: So wurde der Wiederaufbau des größten Krankenhauses, des General Hospital Zainael Abidin in Banda Aceh

unterstützt. Ein weiterer Schwerpunkt des Engagements ist die Bildung. Rund 750 Schulen wurden durch die Flut 2004 zerstört; viele davon sind inzwischen wieder aufgebaut. Der Wiederaufbau des Berufsschulzentrums in der Provinzhauptstadt Banda Aceh wurde u. a. mit einer Spende des KfW-Vorstands finanziert.

Dass der Wiederaufbau sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur zugleich eine friedensfördernde Wirkung haben kann, zeigt das Beispiel Afghanistans. Mit ihren Vorhaben zum Wiederaufbau der Infrastruktur hilft die KfW Entwicklungsbank, die Lebensbedingungen der Bevölkerung anhaltend und spürbar zu verbessern, damit ein dauerhafter Frieden in Afghanistan Einzug halten kann.

Wiederaufbau in Afghanistan.

Seit Dezember 2001 engagiert sich die KfW Entwicklungsbank in Afghanistan. Aus Mitteln des BMZ und anderer Geberorganisationen wurden laufende Vorhaben in Höhe von mehr als 100 Mio. EUR finanziert. Sichtbare Zeichen dieses Engagements findet man in den Bereichen Straßenrehabilitierung, Wasserversorgung, Energie und dem Wiederaufbau zerstörter Schulen und Krankenhäuser.

42 Schulen wurden wiederaufgebaut. Die KfW Entwicklungsbank ließ 14 Gesundheitsstationen und Kliniken wieder errichten, lieferte dringend benötigte Medikamente und medizinische Ausrüstungen. Rund 6.000 Patienten pro Tag können auf diese Weise versorgt werden. Im Bereich der Wasserversorgung wurde das Leitungsnetz in Kabul repariert, im Verkehrssektor wurden u. a. im Stadtgebiet Kabuls 140 Kilometer Straßen ausgebessert.

Das Engagement der KfW beschränkt sich jedoch keineswegs auf Katastrophenhilfe im Ausland. So sind etwa auch Regionen in Deutschland immer wieder von Überschwemmungen betroffen. Wenn auch die Folgen bedeutend geringer sind und selten Menschen zu Tode kommen, stehen die betroffenen Menschen vor einer großen Herausforderung. Gerade auch für Unternehmen kann die finanzielle Zusatzbelastung durch Produktionsausfall und Wasserschäden Existenz bedrohend sein. Hier bietet die KfW in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung von Fall zu Fall Hochwasserprogramme an, die betroffenen Unternehmen mit besonders günstigen Krediten unter die Arme greifen.

KEINE ENTWICKLUNG OHNE MENSCHENRECHTE.

Die großen Weltkonferenzen der 90er Jahre haben deutlich gemacht, dass die globalen Entwicklungsziele nicht ohne die effektive Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie der bürgerlichen und politischen Menschenrechte erreicht werden können. Entwicklung bedeutet auch den verbesserten Zugang zu diesen Menschenrechten. Zur Sicherung oder Verwirklichung der Menschenrechte trägt die KfW in unterschiedlichem Maße bei – je nachdem, über welche Instrumente oder sogar Fördermöglichkeiten sie in den jeweiligen Geschäftsfeldern verfügt. Verbindlich im engen rechtlichen Sinne sind die menschenrechtlichen Verträge, die Deutschland und die Partnerländer unterzeichnet haben.

Neben dem Anspruch der KfW Bankengruppe, Menschenrechte bei ihren Finanzierungen nicht zu verletzen, verfügt die KfW Entwicklungsbank auch über aktive Fördermöglichkeiten, Beiträge zur Verwirklichung von Menschenrechten zu leisten. Direkte Wirkungen können dabei z. B. Vorhaben wie der Bau von Schulen auf das Recht auf Bildung oder die Förderung von Gesundheitsstationen in entlegenen Gebieten und von breitenwirksamer HIV-Prävention auf das Recht auf Gesundheit haben. In einigen Vorhaben sind diese Rechte nicht nur eine Querschnittsaufgabe, sondern der Förderschwerpunkt, z. B. bei programmorientierten Gemeinschaftsfinanzierungen im Bereich von „Good Governance".

Indirekte Wirkungen entstehen z. B. im Hinblick auf die Rechte auf Bildung und Gesundheit durch die Verbesserung der Transportinfrastruktur, wenn darüber viele Menschen zu Schulen und Krankenhäusern gelangen können. Einzelne bürgerliche und politische Rechte werden in Vorhaben der KfW Entwicklungsbank auch als Querschnittsaufgabe gefördert. Beispiele sind hier die Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen oder die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Alle Bemühungen führen jedoch bestenfalls zu Insellösungen, wenn das Partnerland seine menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht anerkennt. Hier setzt der politische Dialog der zuständigen Ressorts der Bundesregierung auf zwischenstaatlicher Ebene an, zu dessen Kernthemen die Menschenrechte zählen. Diese sind ein zentraler Bestandteil der entwicklungspolitischen Kriterien, anhand derer das BMZ über die Förderungswürdigkeit von Ländern entscheidet. Förderentscheidungen sind dabei auch immer Abwägungen, inwiefern die Entwicklungszusammenarbeit trotz aktueller Probleme bei der Einhaltung der Menschenrechte langfristig zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beitragen kann.

UMWELTSCHUTZ IM EIGENEN HAUS: ALLE RESSOURCEN IM BLICK.

RÜCKBLICK, STATUS UND AUSBLICK:

Ressourcen schonen – das ist die Hauptmotivation für das Engagement der KfW im betrieblichen Umweltschutz und nach wie vor eine große Herausforderung. Dabei sind der Arbeit im betrieblichen Umweltschutz ehrgeizige Ziele gesetzt. Wirksam werden alle Vorgaben und Ziele jedoch erst durch deren Umsetzung im betrieblichen Umweltmanagement-System. Dieses System umfasst die Zentrale in Frankfurt, die Niederlassungen in Berlin und Bonn sowie die KfW-Tochter Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) in Köln. Damit sind 19 eigene Gebäude und insgesamt rund 4.200 Mitarbeiter[3] zu berücksichtigen. Die Betrachtung der einzelnen Standorte nach einem einheitlichen System ist einerseits reizvoll, um interne Vergleiche zu ermöglichen – andererseits entstehen dadurch aber besondere Schwierigkeiten, da sich die Standorte durch ihre Gebäudesubstanz und -Technologien sowie die Geschäftsabläufe deutlich voneinander unterscheiden. Dies schlägt sich auch in den teilweise sehr unterschiedlichen Kennzahlen nieder.

UNSER VERSTÄNDNIS VON BETRIEBLICHEM UMWELTSCHUTZ.

Die neuen Umwelt- und Sozialleitsätze festigen den betrieblichen Umweltschutz. Der Mitarbeiter rückt in den Mittelpunkt und wird durch Informations- und Motivationskampagnen noch stärker in die Umsetzung der Ziele eingebunden.

Daneben wird die zuverlässige Einhaltung aller behördlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Begrenzung der Energie-, Wasser- und Materialverbräuche sowie des Abfallaufkommens ebenso geregelt, wie das Bemühen, bei Bautätigkeiten grundsätzlich anspruchsvolle Lösungen innovativer Gebäudetechnik zu verwirklichen. Darüber hinaus gilt es, bestehende Emissionsgrenzwerte zu unterschreiten und aktuelle Standards zu übertreffen.

[3] Die Abweichungen der Mitarbeiterzahl von Angaben an anderer Stelle im Bericht sind auf die spezifische Systematik in der Umweltbilanzierung zurückzuführen.

Was ist betrieblicher Umweltschutz?

Einige Stichpunkte aus dem Aufgabenbereich des betrieblichen Umweltschutzes in der KfW:

- Klimaschutz durch Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen
- Energie- und Materialströme verfolgen und begrenzen
- Einsatz umweltverträglicher Fahrzeuge
- Umweltaspekte in Ausschreibungen berücksichtigen
- Richtlinien des betrieblichen Umweltschutzes weiterentwickeln
- Umweltziele und -programme entwickeln und umsetzen
- Interne wie externe Kommunikation, Umweltberichterstattung
- Begutachtungen im hauseigenen Vorschlagswesen
- Beratung bei Baumaßnahmen
- Mitarbeiter-Schulungen
- Jährliche Umweltbilanzierung (Intranet/Internet/Veröffentlichungen)

KENNZAHLEN DER JAHRE 2003 BIS 2005 IM RÜCKBLICK.

Im folgenden Kapitel werden die wichtigsten Ist-Verbräuche der Jahre 2003 bis 2005 erläutert. Die Tabelle „Kennzahlen der Jahre 2003-2005“ zeigt einen Überblick über die Verbrauchswerte der einzelnen Standorte. Die verwendeten Grundlagen der Umweltbilanzierung basieren auf den allgemein anerkannten Richtlinien des Vereins für Umweltmanagement bei Banken, Sparkassen und Versicherungen e. V. (VFU). Für die Erhebung der Mitarbeiterzahlen gilt nach den Richtlinien in der Regel die Einschränkung, dass nur Mitarbeiter in den eigenen Gebäuden betrachtet werden, da in angemieteten Gebäuden häufig keine klaren Verbrauchszuweisungen vorgenommen werden können. Somit besteht keine direkte Einflussmöglichkeit auf die Verbräuche. Die Konten Papier und Dienstreisen stellen dabei eine Ausnahme dar, hier werden die spezifischen Kennzahlen auf der Basis aller Mitarbeiter gebildet. In Frankfurt sind in 2003 aufgrund diverser Sanierungs- und Baumaßnahmen Mitarbeiter aus eigenen Gebäuden in angemietete Gebäude umgezogen. Jedoch spätestens in 2009 werden alle Mitarbeiter in hocheffizienten eigenen Gebäuden der KfW arbeiten.

Einflussgrößen wie die Entwicklung des Geschäftsvolumens oder der Mitarbeiterzahl, Fusionen, interne Umstrukturierungen, intensive Baumaßnahmen, notwendige Neuberechnungen einzelner Kennzahlen oder auch das jeweilige Jahresklima erschweren die Auswertung der Daten. Dennoch soll im Folgenden zumindest auf deutliche Tendenzen der Kennzahlenentwicklung und auch auf die Zielerreichung eingegangen werden.

Kennzahlen der Jahre 2003 - 2005

	2003	2004	2005
CO_2-Emissionen in t			
Frankfurt am Main	13.719	12.096	12.622
Berlin	4.047	3.834	3.869
Bonn	3.233	3.211	2.972
Köln (DEG)	1.948	2.071	2.061
Gesamt	22.947	21.212	21.524
Energie in MWh			
Frankfurt am Main	22.847	15.415	16.823
Berlin	13.952	12.515	11.539
Bonn	5.899	5.924	5.421
Köln (DEG)	2.827	2.854	2.733
Gesamt	45.525	36.708	36.516
Verkehr in Tkm			
Frankfurt am Main	33.239	34.287	36.490
Berlin	1.149	1.579	1.655
Bonn	2.846	2.824	2.779
Köln (DEG)	6.911	8.199	8.208
Gesamt	44.145	46.889	49.132

	2003	2004	2005
Papier in t			
Frankfurt am Main	116	104	109
Berlin	32	42	54
Bonn	52	48	59
Köln (DEG)	20	19	20
Gesamt	220	213	242
Wasser in m^3			
Frankfurt am Main	39.571	34.128	36.542
Berlin	9.770	10.240	10.606
Bonn	9.244	6.831	7.989
Köln (DEG)	8.318	8.462	8.107
Gesamt	66.903	59.661	63.245
Abfall in t			
Frankfurt am Main	653	441	485
Berlin	163	159	147
Bonn	390[1]	406	376
Köln (DEG)	153	168	156
Gesamt	1.359	1.174	1.164

1 Aufgrund eines Erhebungsfehlers musste der Wert für 2003 nachträglich korrigiert werden.
Alle Zahlen sind gerundet.

CO_2-Emissionen.

Energetisch hocheffiziente Gebäude, intensives Überwachen der Verbräuche, aber auch die Nutzung der Videokonferenzanlagen anstelle von PKW-Fahrten führen zu einer leichten Senkung der CO_2-Emissionen je Mitarbeiter (2003: 7.840 kg/MA, 2004: 7.700 kg/MA, 2005: 7.680 kg/MA). Basis für die Berechnung waren die nach der VfU-Richtlinie erhobenen Mitarbeiter in eigenen Gebäuden.

Energie.

Der Rückgang des Energieverbrauchs von 2003 auf 2004 in Frankfurt ist durch die ab 2003 durchgeführte Revitalisierung und vollständige Räumung des Haupthauses zu erklären. Die darin untergebrachten rund 600 Mitarbeiter mussten währenddessen in angemietete Gebäude umziehen. Der in 2005 wieder leicht ansteigende Wert ist durch die Verlagerung des Bonner Rechenzentrums nach Frankfurt bedingt und erklärt gleichzeitig den sinkenden Verbrauch in Bonn.

Verkehr.

Die generell eher ansteigenden Jahreskilometerleistungen erklären sich vor allem durch das gestiegene Geschäftsvolumen und die in 2003 stattgefundene Fusion von KfW und DtA. Dennoch konnten die Jahreskilometer pro Mitarbeiter stabil gehalten werden (2003: 11.407 km/MA, 2004: 11.618 km/MA, 2005: 11.726 km/MA). Basis für die Berechnung ist die nach der VfU-Richtlinie erhobene Gesamtzahl der Mitarbeiter.

Papier.

Neue Aufgaben in Bonn und ein höheres Antragsvolumen in Berlin führen zu merklich höherem Papierverbrauch an diesen Standorten. Minderungen sind durch das in 2005 gestartete Projekt zur elektronischen Archivierung und durch eine veränderte Aktenbearbeitung zu erwarten.

Wasser.

Der Rückgang des Wasserverbrauchs in Frankfurt von 2003 auf 2004 ist auf den Umzug der Mitarbeiter während der Sanierungsphase im Haupthaus zurückzuführen. Die Reduktion des Bonner Wasserverbrauchs beruht auf einer Vielzahl von durchgeführten Maßnahmen; den größten Einfluss hatten die Demontage aller fest installierten Warmwasserboiler und die Reparatur des leckageanfälligen Zulaufs für den Springbrunnen.

Abfall.

An allen vier Standorten konnten die Abfallmengen trotz zum Teil steigender Mitarbeiterzahlen gesenkt werden. Gründe hierfür sind, dass zunehmend Lieferanten verpflichtet werden, die so genannten Umverpackungen eigenverantwortlich und fachgerecht zu entsorgen.

ANGESTREBTE UND ERREICHTE ZIELE.

Durch die oben angesprochene Fusion war es notwendig, die in den letzten Umweltberichten der KfW, inklusive DEG und DtA abgebildeten Umweltziele zusammenzuführen und anzugleichen. Im Ergebnis wurde eine neue Zieltabelle entwickelt, die auf dem alten Programm der KfW basiert und mit Zielen für alle Standorte ergänzt wurde. Einen kleinen Ausschnitt zeigt die Tabelle „Übersicht über einige quantitative Ziele und ihr Erreichungsgrad“. Bei der Auswahl sind bewusst nicht erreichte wie auch erreichte Ziele ausgewählt worden.

Übersicht über einige quantitative Ziele und ihr Erreichungsgrad

Ort	Quantitative Umweltziele/-maßnahmen	Ziel-Wert	Ist-Wert 2005
Frankfurt	Beibehaltung Stromverbrauch	max. 7.200 MWh p.a.	8.770 MWh p.a.
Frankfurt	Senkung Stadtwasserverbrauch	max. 75 l/MA/Tag	123 l/MA/Tag
Berlin	Begrenzung Gesamtabfallmenge	max. 215 t p.a.	146 t p.a.
Berlin	Beibehaltung Stromverbrauch	max. 3.800 MWh p.a.	2.531 MWh p.a.
Bonn	Begrenzung Gesamtabfallmenge	max. 250 t p.a.	376 t p.a.
Bonn	Reduzierung Stadtwasserverbrauch	max. 9.000 m^3	7.989 m^3
Köln	Begrenzung Gesamtabfallmenge	max. 135 t p.a.	156 t p.a.
Köln	Reduzierung Stadtwasserverbrauch	max. 9.000 m^3	8.107 m^3

Alle Zahlen sind gerundet.

In den Bereichen Strom- und Wasserverbräuche in Frankfurt lagen die Ist-Werte 2005 deutlich über den Zielwerten, obwohl die Kennzahlen für Energie und Wasser insgesamt rückläufig waren. Da einige Zielwerte zu ehrgeizig waren, wurden für die Jahre 2006 bis 2008 in der Regel Trends formuliert.

Eine große Aufgabe im betrieblichen Umweltschutz in den kommenden drei Jahren wird es sein, das hohe Abfallaufkommen an allen Standorten zu analysieren und Lösungen zur Reduktion zu erarbeiten.

Das Ziel an allen Standorten, mindestens 45 % Recyclingpapieranteil für Kopier- und PC-Druckpapier zu erreichen, ist verfehlt worden. 2005 waren es in Frankfurt 20 %, in Berlin 15 % und in Bonn 37 %.

HIGHLIGHTS DES BETRIEBLICHEN UMWELTSCHUTZES.

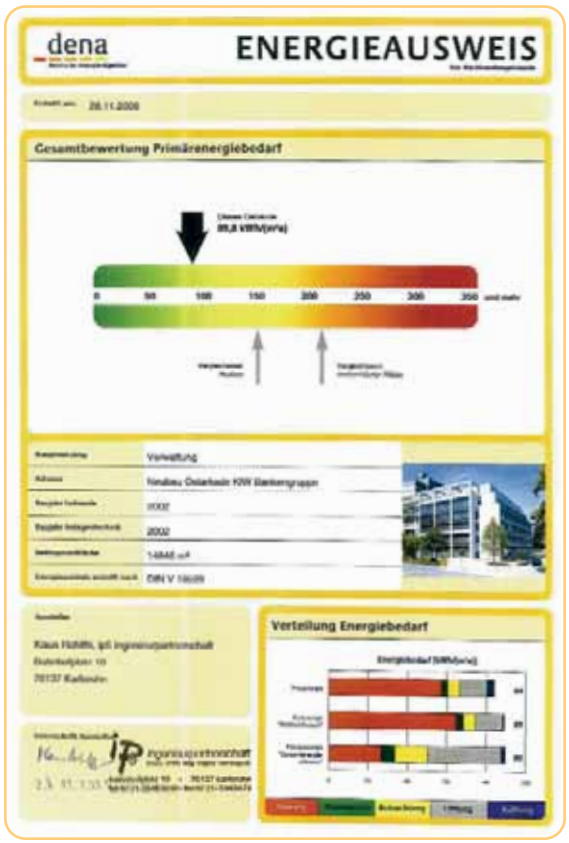
Nachfolgend haben wir einige besondere Ergebnisse des betrieblichen Umweltschutzes im Berichtszeitraum herausgegriffen:

Richtlinie für den betrieblichen Umweltschutz.

Im Jahr 2003 beschlossen, trat sie termingerecht im Jahr 2004 in Kraft. Die Richtlinie gilt für die vier deutschen Standorte und alle Mitarbeiter. In ihr sind Organisation und Aufgaben im betrieblichen Umweltschutz ebenso geregelt, wie Einzelheiten zum betrieblichen Ablauf sowie die Grundsätze der Umweltbilanzierung. Die neue Richtlinie regelt auch das Vorgehen bei Verbesserungsvorschlägen durch Mitarbeiter. Stehen den ökologischen Vorteilen erhebliche

Zusatzkosten oder andere Nachteile gegenüber, soll dieser Verbesserungsvorschlag dem Vorstand der KfW Bankengruppe bzw. der Geschäftsleitung der DEG zur Entscheidung vorgelegt werden.

Erstellung eines ersten Energieausweises für einen Büroneubau der KfW.



Für eines der Bürogebäude, die Ostarkade in Frankfurt, wurde bereits im Dezember 2005 ein Energieausweis gemäß dem Berechnungsverfahren der Vornorm DIN V 18599 ausgestellt – bevor dies durch die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden Pflicht wird.

Das Ergebnis ist überzeugend: Der berechnete Gesamtprimärenergiebedarf liegt mit zirka 90 kWh/(m²a) in 2005 40 % unter dem Durchschnitt konventionell neu gebauter Bürogebäude (150 kWh/(m²a))[4] und leistet somit einen beachtlichen Beitrag zur Einsparung von CO_2-Emissionen. Zu diesen herausragenden Verbrauchswerten trug auch die zweijährige Monitoringphase im Rahmen des Bundesprojektes SolarBau-Monitor bei. Solche energetisch hocheffizienten Gebäude benötigen aufgrund der komplexen Gebäudeleittechnik eine gewisse „Einschwingphase“ zur Erreichung der Zielwerte, nur so können die geplanten Zielwerte mit den Istwerten, bei denen auch das Nutzerverhalten der Mitarbeiter eine große Rolle spielt, in Übereinstimmung gebracht werden.

Anreizsystem zur Anschaffung umweltfreundlicher Dienstwagen.

Die CO_2-Emissionen, die durch die Nutzung der zirka 160 Dienstfahrzeuge entstehen, werden jährlich erhoben und sind für rund 4 % der Gesamtemissionen verantwortlich. Eine Möglichkeit diese Emissionen zu reduzieren, ist die Beschaffung hin zu CO_2-armen Fahrzeugtypen zu lenken. In 2005 wurde ein Anreizsystem (Bonus-Malus-System) beschlossen, das dazu beitragen soll, möglichst CO_2-arme Fahrzeuge im Fuhrpark einzusetzen. Erste Erfahrungen zeigen, dass bei der Auswahl eines Neufahrzeugs der CO_2-Ausstoß nun stärker beachtet und diskutiert wird als früher und auch Erdgasfahrzeuge als Alternative geprüft werden.

[4] Der Vergleichswert entspricht dem Wert, den ein Gebäude gleicher Geometrie und Nutzung unter Verwendung genau definierter "Standard-Technologien" erreichen würde.

DIE KONZERNWEITEN ZIELE FÜR 2006-2008.

Im Folgenden werden die neuen konzernweit geltenden Umweltziele und die wichtigsten, begleitenden Maßnahmen der KfW Bankengruppe formuliert. Die Ziele werden kurz erläutert. Maßnahmen, die bereits bei Veröffentlichung des vorliegenden Berichts begonnen wurden, werden ebenfalls vorgestellt.

Ab Ende 2007 zu 100 % „grünen Strom“ für alle Standorte.

Ab Ende 2007 sollen die vier deutschen Standorte zu 100 % mit „grünem Strom“ versorgt werden. Um eine ordnungsgemäße EU-Ausschreibung zu gewährleisten, wird der Leitfaden des BMU zur EU-konformen Ausschreibung für grünen Strom herangezogen. Die Umstellung auf „grünen Strom“ und die damit verbundene Vermeidung von CO_2-Emissionen ist ein wesentlicher Beitrag zur CO_2-Neutralität. Das Pilotprojekt zur Beschaffung „grüner Wärme“ ist ebenfalls beschlossen. Die Realisierbarkeit hängt jedoch von einem entsprechenden Angebot und den Kosten ab. Außerdem ist geplant, im Rahmen eines Pilotprojektes „grünes Gas“ zum Betrieb der gasbasierten Wärmeerzeugung zu kaufen.

Forcieren des Einsatzes von Recycling-Papier.

Die KfW ist sich in ihrer Eigenschaft als Umweltbank der Vorbildfunktion auch bezüglich einer ressourcenschonenden Beschaffung bewusst. Für die Beschaffung von Papier bedeutet das – neben Bemühungen, den Papierverbrauch generell zu reduzieren – auch, eine hohe Verwendungsquote von Recyclingpapier anzustreben. Mit den bisher ergriffenen Maßnahmen wurde das Ziel nicht erreicht. Die KfW hat daher in 2006 beschlossen, dass künftig grundsätzlich nur noch Recycling-Papier eingesetzt wird. Hiervon darf nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden. In der DEG wurde Recyclingpapier zum 1. Januar 2006 für den internen Gebrauch eingeführt. Dank intensiver Vorbereitungen für eine solche Einführung konnte bereits im ersten Halbjahr 2006 eine sehr befriedigende Quote von 84 % in der DEG erreicht werden.

Erstellen eines Energieausweises für alle eigenen Gebäude.

Die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden regelt die verpflichtende Ausstellung von Energieausweisen – auch für Nicht-Wohngebäude. In den Umwelt- und Sozialleitsätzen hat die KfW sich vorgenommen, bestehende gesetzliche Verpflichtungen möglichst noch zu übertreffen. Deshalb wird angestrebt, für alle eigenen Gebäude bis einschließlich 2008 Energieausweise zu erstellen.

Förderung von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Mitarbeiter durch intensivierte Information.

Wir sehen die Mitarbeiter als aktive Träger und Multiplikatoren unserer Arbeit. Um einen positiven Einfluss auf die Mitarbeiter nehmen zu können, soll zukünftig noch stärker zu Themen aus dem betrieblichen Umweltschutz informiert werden. Dazu ist geplant, das bestehende Informationsangebot durch eine Ausstellung zum Thema „Umwelt- und Klimaschutz in der KfW“, die an allen vier Standorten gezeigt wird, zu ergänzen. Auch in der regelmäßig erscheinenden Hauszeitschrift wird Umweltschutz weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Implementierung einer Rahmenrichtlinie für umweltfreundliche Beschaffung.

Vorbildlicher betrieblicher Umweltschutz heißt, eine effiziente, ressourcenschonende und damit nachhaltige Beschaffung zu gewährleisten. Die KfW strebt daher an, eine Rahmenrichtlinie zu erstellen, die allgemeingültige Einkaufsgrundsätze für eine umweltfreundliche Beschaffung definiert.

Fortlaufende Überprüfung der Systemgrenzen unserer Umweltbilanzierung.

Zukünftig sollen auch die durch den Verkehr zwischen dem Wohnort und der Arbeitsstätte verursachten CO_2-Emissionen erfasst werden. Die CO_2-Emissionen, die hier durch den Pendlerverkehr mit Dienstwagen entstehen, werden bereits erfasst und sind in der Summe aller verkehrsbedingten Emissionen enthalten. Darüber hinaus sollen künftig auch die Emissionen, die durch die Papierherstellung und den -transport im Zusammenhang mit den Verbrauchsmengen auftreten, ebenso dargestellt werden wie die CO_2-Emissionen, die sich durch die Entsorgung der Abfälle ergeben.

Begrenzung von Energie-, Wasser- und Materialverbrauch sowie des Abfallaufkommens.

Trotz der erheblichen Bemühungen und positiven Ergebnisse der letzten Jahre, die Verbräuche und die Abfallmengen zu begrenzen, ist es auch zukünftig notwendig, diese Themen intensiv zu verfolgen. Fortlaufend sind daher im Rahmen der jährlichen Umweltbilanzierung die wichtigsten Kennzahlen zu erheben und auszuwerten, aber auch die Mitarbeiterinformation muss auf hohem Niveau weitergeführt werden, um die schon angesprochene Multiplikatorwirkung erzielen zu können.

Maßnahmen der Priorität 1

Gültig für	Auswirkung auf	Bezeichnung	Terminierung
Konzernweit	Verkehr	Anschaffung umweltfreundlicher Dienstwagen.	ab 2006
Konzernweit	Alle Umweltkonten	Alle neuen Mitarbeiter und Auszubildenden sind zum Thema Umweltschutz zu schulen.	ab 2006
Konzernweit	Alle Umweltkonten	Durchführung einer Ausstellung zum Thema „Umwelt- und Klimaschutz in der KfW“, die an allen vier Standorten gezeigt wird.	2006
Frankfurt	Emission/Energie	Weitere Reduktionen durch Verbrauchsvorgaben bei Neu- und Umbauten.	fortlaufend
Frankfurt	Emission/Energie	Das erfolgreiche Monitoring der Ostarkade wird auch im Haupthaus durchgeführt.	ab 2006
Frankfurt	Verkehr/Emissionen	Teilnahme an „bike + business“, um mehr Mitarbeiter zur Nutzung des Fahrrades für den täglichen Weg zur Arbeit zu motivieren.	2006
Frankfurt	Wasser	Kennzahlenermittlung in Verbindung mit der Einführung von Vakuumtoiletten (Haupthaus).	ab 2006
Berlin	Emission/Energie	Weitere Reduktionen durch intensives Controlling zusammen mit der Betriebsführungsgesellschaft.	fortlaufend
Bonn	Energie	Erneuerung der Jalousien- und Beleuchtungssteuerung im Mitarbeiterkasino.	2006
Bonn	Wasser	Durchführung eines Azubi-Projektes mit gleichzeitiger Nutzung der Ergebnisse für die Mitarbeiterinformation.	2006
Köln	Papier	Einführung von Recyclingpapier für den internen Gebrauch.	ab 2006
Köln	Allgemein	Umweltschutzoptimierung in der Planung Neubau „Kämmergasse“.	ab 2008

BEREITS BEGONNENE MASSNAHMEN.

Bankweite Schulung aller neuen Mitarbeiter und Auszubildenden.

Ab 2006 werden alle neuen Mitarbeiter und Auszubildenden zum Thema „Umweltschutz in der KfW“ geschult. Die Mitarbeiter stellen für den betrieblichen Umweltschutz eine wichtige Zielgruppe dar, da sie einen direkten Einfluss auf diverse Verbrauchsgrößen, wie Beleuchtung oder Wasserverbrauch haben. Mittels intensiver Information werden die Mitarbeiter motiviert, die Erreichung der Umweltziele zu unterstützen.

Gründung des Netzwerkes betrieblicher Umweltschutz Rhein/Main.

Um einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu allen Themen des betrieblichen Umweltschutzes ermöglichen zu können, hat die KfW am Standort Frankfurt im Jahr 2005 beschlossen, zusammen mit weiteren namhaften Unternehmen das Netzwerk „Netzwerk für Büro- und Gebäudeökologie Rhein/Main“ zu gründen. Die Gründungsintention war die gute Erfahrung aus der Teilnahme des Bonner Standortes am Netzwerk „Umweltplattform NRW“, einem Zusammenschluss regionaler Finanzdienstleister.

Teilnahme an „bike + business“.

Das Fahrrad ist Bestandteil des betrieblichen Mobilitätskonzeptes – auch, weil so zu einer Reduktion der „hausgemachten“ CO_2-Emissionen beigetragen werden kann. Um vermehrt Mitarbeiter für das Fahrrad zu gewinnen, beteiligt sich die KfW seit 2006 am hessischen Projekt „bike + business“, das einen Beitrag dazu leisten möchte, Berufspendler zu einem Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu motivieren, um somit den Radverkehrsanteil im Berufsverkehr zu erhöhen. Die am Standort Frankfurt gesammelten Erfahrungen werden ebenfalls den anderen Standorten zugute kommen, um auch dort eine für Radfahrer attraktive Infrastruktur zur Verfügung stellen zu können.

DIE CO_2-NEUTRALITÄT DER KFW BANKENGRUPPE: BETRIEBSBEDINGTE CO_2-EMISSIONEN WERDEN AB 2006 KOMPENSIERT.

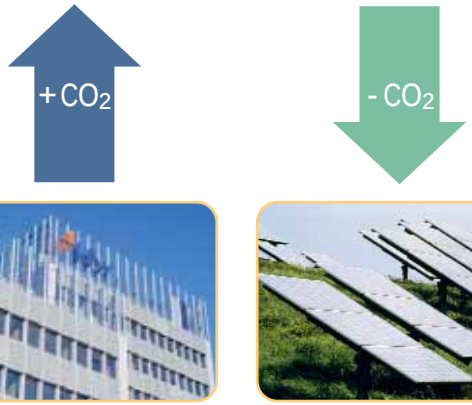
Mit der Klimaneutralstellung übernehmen wir eine internationale Vorreiterrolle. Ziel ist es, die betriebsbedingten CO_2-Emissionen zu kompensieren.

Die durch KfW-Geschäftsaktivitäten entstehenden CO_2-Emissionen aus Flugverkehr[5], sonstigen Dienstreisen sowie Stromverbrauch und Heizung in KfW-eigenen Gebäuden werden zunächst genau berechnet. In einem zweiten Schritt schafft Klimaneutralisierung dann einen Ausgleich: Für die verursachten CO_2-Mengen werden entsprechende Gutschriften, z. B. aus CDM-Projekten, erworben und stillgelegt. Da Kohlendioxid global wirkt, ist der Ort der Kompensation für deren Wirksamkeit unerheblich. So kann der von der KfW in Deutschland verursachte CO_2-Ausstoß beispielsweise in einem indischen Biomasseprojekt ausgeglichen werden. Der KfW-Klimaschutzfonds beschafft die benötigten Zertifikate.

Wir rechnen zunächst damit, dass bis zu 30.000 t CO_2 pro Jahr kompensiert werden müssen. Dieser Wert übertrifft die Angaben in der Tabelle „Kennzahlen der Jahre 2003 – 2005“ um rund 8.000 t. Damit halten wir einen Puffer für den Neubezug des Frankfurter Haupthauses im Jahr 2006 und den sukzessiven Bezug der Neubauten in den Folgejahren vor. Wir streben an, bis 2009 alle Mitarbeiter in hocheffizienten Bürogebäuden unterzubringen.

Die KfW-Strategie zielt aber in einem dritten Schritt auf eine weitergehende, kontinuierliche Verringerung der zu kompensierenden Mengen ab. Dazu gehört zum einen die Verringerung des Energieverbrauchs durch höhere Energieeffizienz unserer Bürogebäude und Fahrzeuge. Zum anderen wollen wir den verbleibenden Energiebedarf möglichst mit CO_2-freier Energie wie „grünem Strom“ oder „grünem Gas“[6] decken. Ziel ist es, die benötigte Zertifikatmenge zu minimieren.

Das Prinzip der CO_2-Neutralität bei der KfW Bankengruppe



CO_2-Emissionen der KfW bedingt durch Gebäudebetrieb und Dienstreisen

Emissionsgutschriften aus Ausgleichsprojekten.

[5] Bei der Berechnung wird der Radiative Forcing Index (RFI) berücksichtigt.
[6] Ins Erdgasnetz eingespeistes, auf Erdgasqualität aufbereitetes Biogas.

BESCHEINIGUNG AN DEN VORSTAND ÜBER DIE PRÜFUNG DER QUANTITATIVEN AUSSAGEN DES NACHHALTIGKEITSBERICHTS 2006.

Wir haben die quantitativen Aussagen des Nachhaltigkeitsberichts 2006 der KfW Bankengruppe geprüft. Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2005 und wurde unter Nutzung der auf die Themenauswahl angelegten Kriterien und der Prinzipien der Berichterstattung der Leitlinien der Global Reporting Initiative (GRI) erstellt.

Die Aufstellung des Berichts liegt in der Verantwortung des Vorstands der KfW Bankengruppe. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über die Themenauswahl sowie die Vollständigkeit und Richtigkeit der quantitativen Aussagen entsprechend den Prinzipien der Berichterstattung Überprüfbarkeit, Vollständigkeit, Relevanz, Genauigkeit und Vergleichbarkeit der Leitlinien der GRI abzugeben.

Unsere Prüfung umfasste die quantitativen Angaben des Nachhaltigkeitsberichts 2006. Sie bezog sich nicht auf die Inhalte anderer Berichtsmedien wie z. B. die Inhalte von Internetseiten.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Prüfung von Berichten im Bereich der Nachhaltigkeit (IDW PS 821) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob in allen wesentlichen Belangen die Berichtsthemen entsprechend den Kriterien der GRI ausgewählt und die Aussagen vollständig und richtig entsprechend den Prinzipien der Berichterstattung Überprüfbarkeit, Vollständigkeit, Relevanz, Genauigkeit und Vergleichbarkeit der GRI getroffen werden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Wirksamkeit des der Berichterstattung zugrunde liegenden Umwelt-Informationssystems sowie Nachweise für die Aussagen im Bericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurden in allen wesentlichen Belangen die Berichtsthemen entsprechend den Kriterien der GRI ausgewählt und die Aussagen vollständig und richtig entsprechend den Prinzipien der Berichterstattung Überprüfbarkeit, Vollständigkeit, Relevanz, Genauigkeit und Vergleichbarkeit der GRI getroffen.

Frankfurt am Main, den 20. Oktober 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Manfred Waltz

ppa. Dieter Horst

Biodiversity Offsets	Naturschutzmaßnahmen zur Kompensation von Eingriffen in die Natur, die sicherstellen, dass kein Nettoverlust an biologischer Vielfalt verursacht wird.
Corporate Citizenship	Als fester Bestandteil der Unternehmenskultur systematisch betriebenes, bürgerschaftlich/soziales Engagement von Unternehmen.
Corporate Governance	Setzen und Einhalten von Verhaltensregeln in einem Unternehmen, die für die Mitarbeiter und das Unternehmen gelten.
end-of-pipe	Additive, nachgeschaltete Umweltschutzmaßnahmen
Energieproduktivität	Maß für die Effizienz der Nutzung des Einsatzfaktors Energie; z. B. aus volkswirtschaftlicher Sicht das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zum Primärenergieverbrauch.
Erneuerbare Energien	Energiequellen, die durch natürliche Vorgänge ständig erneuert werden. Dazu gehören: Solar-, Wasser- und Windenergie sowie Energie aus der Nutzung von Biomasse und Gezeiten.
Fazilität	Von einer Bank ihren Kunden eingeräumte Möglichkeit, innerhalb festgelegter Grenzen kurzfristig Kredite in Anspruch zu nehmen oder Guthaben anzulegen.
GRI, Global Reporting Initiative	Die Global Reporting Initiative (GRI) ist eine Institution mit dem Ziel, einen weltweit anwendbaren Leitfaden der Nachhaltigkeits-Berichterstattung zu entwickeln. Nähere Informationen: www.globalreporting.org
Kyoto-Mechanismen	1. Mechanismus für eine nachhaltige Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM) für Projekte in Ländern ohne Emissionsziele 2. Gemeinsame Umsetzung (Joint Implementation, JI) zwischen Ländern mit Emissionszielen 3. Internationaler Emissionshandel (IET) und 4. Bildung von Zielgemeinschaften („Bubbles“)
Mezzanine	Sammelbegriff für Finanzierungsarten, die in ihren rechtlichen und wirtschaftlichen Ausgestaltungen eine Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital darstellen.
Millenniumserklärung	Am 8. September 2000 von 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedete Erklärung eines Katalogs grundsätzlicher, verpflichtender Zielsetzungen für die globale Zukunftssicherung, die Millenniumsentwicklungsziele (MDG).
produktintegrierter Umweltschutz	Zielt darauf ab, die schädlichen Auswirkungen von Produkten auf die Umwelt bei Herstellung, Gebrauch und Entsorgung soweit wie möglich zu vermindern.
produktionsintegrierter Umweltschutz	Industrielle oder gewerbliche Produktion mit dem Ziel einer Minimierung der im Prozess entstehenden Schad- und Reststoffe und deren weitgehende Verwertbarkeit sowie die Minimierung des Verbrauchs an Brenn- und Einsatzstoffen.
Rohstoffproduktivität	Maß für die Effizienz der Nutzung von Rohstoffen; z. B. aus volkswirtschaftlicher Sicht das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu Rohstoffverbrauch.

Herausgeber:
KfW Bankengruppe, Abteilung Kommunikation

Redaktion:
KfW Bankengruppe, Stabsstelle Umwelt

Fotografie:
Michael Kerstgens, Großheide

Litho:
Printmanagement Plitt, Oberhausen

Druck:
Schroers-Druck GmbH, Essen

Bildnachweis:
Vorstandsportraits: KfW-Bildarchiv/Thomas Klewar; Portrait S. 16 (Dr. Polte): DEG-Archiv/Marcus Pietrek; S. 13: Deutsches Filmmuseum; S. 18: STEAG AG; S. 25: KfW-Bildarchiv; S. 32: DEG; S. 34: Foundation for Sustainable Agriculture and Forestry (FSAF) / Kahlbrandt & Kahlbrandt, Hamburg; S. 37: KfW-Bildarchiv; S. 45: Energie- und Umweltzentrum Allgäu (EZA); S. 47: KfW-Bildarchiv; S. 51: Weltbank; S. 53: Deutsche Lufthansa AG, Fotograf: Ingrid Friedl; S. 54: Dr. Christoph Schwitzer, Bristol Zoo Gardens; S. 55 South African Wildlife College; S. 57: Grameen Bank; S. 58: KfW-Bildarchiv, Fotoagentur photothek.net; S. 61: KfW-Bildarchiv; S. 63: KfW-Bildarchiv; S. 64: KfW-Bildarchiv, Fotoagentur photothek.net; S. 76: KfW-Bildarchiv; S. 77: KfW-Bildarchiv

Papierhinweis:
Der Bericht ist gedruckt auf 100 % Recycling-Papier (Envirotop mit Umweltzeichen „Blauer Engel“)

Weitere Informationen zur Nachhaltigkeit der KfW finden Sie auf der Internetseite des Berichts:
www.kfw.de/nachhaltigkeitsbericht

Anmerkung:
In diesem Bericht wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit bei geschlechtsspezifischen Bezeichnungen in der Regel die männliche Form gewählt.

Dieser Bericht liegt auch in englischer Sprache vor.

KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
infocenter@kfw.de, www.kfw.de

Oktober 2006

181361

kfw BANKENGRUPPE